

## Asylländerbericht zur Russischen Föderation 2025

(Stand: 1. Oktober 2025)

### Inhaltsverzeichnis

|                                                     |    |
|-----------------------------------------------------|----|
| <b>1. Allgemeine Menschenrechtslage</b>             | 2  |
| 1.1. Meinungs- und Versammlungsfreiheit             | 2  |
| 1.2. Zivilgesellschaftlicher Entfaltungsspielraum   | 7  |
| 1.3. Religiöse Gruppierungen (inkl. Zeugen Jehovas) | 11 |
| 1.4. Radikale Strömungen                            | 13 |
| 1.5. LGBTIQ-Personen                                | 13 |
| <b>2. Rechtsschutz und Sicherheit</b>               | 16 |
| 2.1. Kampf gegen Folter                             | 17 |
| 2.2. Strafvollzug                                   | 19 |
| 2.3. Wehr- und Zivildienst                          | 20 |
| <b>3. Situation im Nordkaukasus</b>                 | 24 |
| 3.1. Zur Lage in Tschetschenien                     | 26 |
| 3.2. Zur Lage in Dagestan                           | 30 |
| <b>4. Rückkehrfragen</b>                            | 32 |
| 4.1. Exponiertheit von Frauen                       | 32 |
| 4.2. Gesundheitssystem                              | 34 |
| 4.3. Soziale Unterstützungsleistungen               | 35 |
| 4.4. Militante Kämpfer                              | 37 |
| Auszug verwendeter Quellen                          | 39 |
| Disclaimer                                          | 40 |

## 1. Allgemeine Menschenrechtslage

### 1.1. Meinungs- und Versammlungsfreiheit

Die Einhaltung der Menschenrechte ist in der Verfassung der Russischen Föderation garantiert<sup>1</sup>. Dennoch ist die Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Russland seit Jahren stark eingeschränkt, ein Trend der sich seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges in der Ukraine durch die Verabschiedung restriktiver Gesetze noch verstärkt hat. Von staatlicher Seite wurden außerdem die technischen Voraussetzungen geschaffen, um Informationen im Internet automatisiert zu überwachen und gegebenenfalls Websites vollständig oder teilweise zu blockieren. Von den russischen Behörden, v.a. in Moskau, wird zur Verhinderung von Demonstrationen auf die Daten von Gesichtserkennungskameras zugegriffen.

Nachdem Russlands Präsident Wladimir Putin am Morgen des 24.02.2022 den Beginn einer „militärischen Spezialoperation“ in der Ukraine verkündet hatte, wies die russische Aufsichtsbehörde noch am selben Tag die Medien in Russland an, sich in der Berichterstattung zur „militärischen Spezialoperation“ ausschließlich auf offizielle Quellen zu beziehen und Publikationen, die die Worte „Krieg“ oder „Invasion“ enthalten, zu löschen. Am 04.03.2022 traten Änderungen des russischen Strafgesetzbuches sowie des Ordnungswidrigkeitsgesetzbuches in Kraft, womit die „öffentliche Verbreitung wissentlich falscher Informationen über den Einsatz der Streitkräfte der Russischen Föderation“ sowie die „Diskreditierung des Einsatzes der Streitkräfte der Russischen Föderation“ unter Strafe gestellt wurden. Die Bestimmungen wurden am 25.03.2022 auf „staatliche Organe der Russischen Föderation im Ausland in Erfüllung ihrer Aufgaben“ und am 18.03.2023 auf die freiwilligen Teilnehmenden der „speziellen Militäroperation“<sup>2</sup> ausgeweitet. Das Strafausmaß reicht von hohen Geldstrafen bis hin zu Freiheitsstrafen von bis zu 15 Jahren<sup>3</sup>. Am 28.04.2023 wurde ein Gesetz unterzeichnet, das bei einigen Straftaten einschließlich Diskreditierung der russischen Armee und Aufrufe zur extremistischen Tätigkeit den Entzug der zuvor gewährten russischen Staatsbürgerschaft ermöglichte<sup>4</sup>. Weiters unter Strafandrohung gestellt wurde die „Aufforderung zu restriktiven Maßnahmen gegen die Russische Föderation, deren Bürger oder russische juristische Personen“<sup>5</sup>. Anfang 2024 wurde ein Gesetz verabschiedet, das bei aus gewinnsüchtigen Motiven begangener Verbreitung wissentlich falscher Informationen über

---

<sup>1</sup> <http://pravo.gov.ru/proxy/ips/?docbody=&nd=102027595>

<sup>2</sup> <http://duma.gov.ru/news/56548/>

<sup>3</sup> Sh. Art. 207.3 Strafgesetzbuch bzw. Art. 20.3.3 Ordnungswidrigkeitsgesetzbuch und Art. 280.3 Strafgesetzbuch der RF

<sup>4</sup> <http://publication.pravo.gov.ru/document/0001202304280013>

<sup>5</sup> [https://www.consultant.ru/document/cons\\_doc\\_LAW\\_10699/6a1e4076a95264b0f02fe733b710cc7e03e02b18/](https://www.consultant.ru/document/cons_doc_LAW_10699/6a1e4076a95264b0f02fe733b710cc7e03e02b18/)

den Einsatz der Streitkräfte der Russischen Föderation eine Beschlagnahmung des Vermögens ermöglicht<sup>6</sup>.

Die landesweiten Fernsehkanäle und Printmedien stehen unter staatlicher oder staatsnaher Kontrolle. Bereits am 06.03.2022 waren die bekanntesten unabhängigen Medienoutlets (z.B. der online-Fernsehsender „TV-Rain“, das Nachrichtenportal „Meduza“, der Radiosender „Echo Moskau“) blockiert, aufgelöst oder hatten ihre Arbeit eingestellt. Am 25.06.2024 wurde die Sperre digitaler Inhalte von 82 Medien aus diversen EU-Mitgliedsstaaten in Russland angekündigt, darunter die österreichischen ORF und oe24<sup>7</sup>. Am 30.06.2025 wurde diese Liste um 15 europäische Medien erweitert<sup>8</sup>; die Namen der betroffenen Outlets wurden bislang nicht publiziert. Unabhängige Journalistinnen und Journalisten, die ihre Arbeit in Russland fortsetzen, sehen sich mit der Gefahr von verbalen und körperlichen Angriffen, Einschüchterungsversuchen, Festnahmen und Schikanen konfrontiert<sup>9</sup>. Exemplarisch genannt wird etwa der Angriff auf den Chefredakteur der Zeitung „Novaya Gazeta“ und Friedensnobelpreisträger Dmitri Muratow im April 2022<sup>10</sup> bzw. der brutale Angriff auf die Journalistin der Novaya Gazeta Jelena Milaschina Anfang Juli 2023 in Tschetschenien.<sup>11</sup> Im Frühling 2024 kam es zu Festnahmen bzw. Verurteilungen mehrerer Journalistinnen und Journalisten. Roman Iwanow, Journalist des Social-Media-Projekts „RusNews“, wurde im März 2024 wegen seiner Telegram-Postings über die Entwicklungen in der Ukraine der Verbreitung von Fake-News über die russische Armee schuldig gesprochen und zu sieben Jahren Haft verurteilt<sup>12</sup>. Am 15.04.2025 wurden die vier Medienschaffenden Antonina Faworskaja, welche das Video vom letzten Auftritt des in Haft ums Leben gekommenen Oppositionspolitikers Alexej Nawalny gedreht haben soll, Konstantin Gabow, Sergej Karelin und Artjom Kriger wegen vermeintlicher Arbeit für die von Nawalny gegründete und in Russland als „extremistische Organisation“ eingestufte Anti-Korruptions-Stiftung (FBK) zu fünfeinhalb Jahren Haft verurteilt.<sup>13</sup> Der Gerichtsprozess fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Die im Mai 2024 verhaftete Journalistin Nadeschda Keworkowa wurde im März 2025 zu einer Geldstrafe iHv. 600.000 RUB. (etwa 6.400 EUR) wegen „Rechtfertigung des Terrorismus“ verurteilt und freigelassen<sup>14</sup>. Ein RU Militärgericht verurteilte am 18.07.2025 die

---

<sup>6</sup> <http://publication.pravo.gov.ru/document/0001202402140012?index=1>

<sup>7</sup> [https://mid.ru/ru/foreign\\_policy/news/1959391/](https://mid.ru/ru/foreign_policy/news/1959391/)

<sup>8</sup> [https://mid.ru/ru/foreign\\_policy/news/2033186/](https://mid.ru/ru/foreign_policy/news/2033186/)

<sup>9</sup> [Russia-Ukraine War Archives - International Press Institute \(ipi.media\)](https://www.russia-ukraine-war-archives.org/en/2024/06/25/russia-ukraine-war-archives-international-press-institute-2024-06-25/)

<sup>10</sup> [Novaya Gazeta's Nobel Peace Prize laureate Dmitry Muratov attacked with red paint - International Press Institute \(ipi.media\)](https://www.russia-ukraine-war-archives.org/en/2022/04/04/novaya-gazeta-nobel-prize-laureate-dmitry-muratov-attacked-with-red-paint-2022-04-04/)

<sup>11</sup> <https://www.spiegel.de/ausland/jelena-milaschina-russland-journalistin-in-tschetschenien-schwer-verletzt-a-f66eb8c6-4dff-4e6e-8c47-2a9cad44fbd6>

<sup>12</sup> <https://meduza.io/news/2024/03/06/zhurnalistu-rusnews-romanu-ivanovu-dali-sem-let-kolonii-po-delu-o-feykah-ob-armii-v-poslednem-slove-on-na-kolenyah-poprosil-proscheniya-u-ukraintsev>

<sup>13</sup> <https://zona.media/news/2025/04/15/fav-kar-gab-krig>

<sup>14</sup> <https://www.kommersant.ru/doc/7566028>

im Ausland lebenden Journalisten Farida Kurbangalejewa und Aleksej Baranowskij in Abwesenheit zu 8 und 6 Jahren Haft.<sup>15</sup> Im Mai 2025 wurde ein ähnliches Strafverfahren wegen „Rechtfertigung des Terrorismus“ gegen die Exil-Journalistin Tatjana Felgenhauer eingeleitet, Anlass war eine Nachrichtensendung auf dem YouTube-Kanal *Popular Politics*.<sup>16</sup>

Am 08.07.2022 wurde der Moskauer Kommunalabgeordnete Alexei Gorinow wegen „wissentlicher Verbreitung von Fake News“ – er hatte die russische „militärische Spezialoperation“ in der Ukraine als Krieg bezeichnet – zu sieben Jahren Haft verurteilt. Bis März 2025 wurden 444 Strafverfahren wegen wissentlicher Verbreitung von Fake News über die russischen Streitkräfte eingeleitet sowie über 10.770 Verfahren aufgrund einer Ordnungswidrigkeit wegen Diskreditierung der russischen Streitkräfte und mindestens 171 strafrechtliche Verfahren wegen wiederholter Diskreditierung der Streitkräfte<sup>17 18</sup>.

Ein weiteres Mittel der staatlichen Behörden, um gegen kritische Stimmen vorzugehen, ist die Gesetzgebung zur Extremismusbekämpfung. Als extremistisch gelten in Russland etwa auch die Zeugen Jehovas und die ehemaligen politischen Strukturen des im Februar 2024 in Haft verstorbenen außerparlamentarischen Oppositionspolitikers Alexei Nawalny<sup>19</sup>. Am 21.03.2022 wurde der Konzern „META“ von einem russischen Gericht als extremistische Organisation eingestuft und die Plattformen Instagram und Facebook in Russland blockiert, nachdem sich der Konzern vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine geweigert hatte, Postings mit Aufrufen zur Gewalt gegen Angehörige der russischen Streitkräfte zu löschen. Aufgrund einer Gesetzesänderung im Juli 2022 ist auch die wiederholte Zurschaustellung von extremistischen Symbolen mit bis zu vier Jahren Haft strafbar<sup>20</sup>. Im November 2023 wurde auch die formell nicht existierende so genannte „Internationale LGBT-Bewegung“ durch das russische Oberste Gericht als extremistische Organisation eingestuft<sup>21</sup>. Seitdem wurden gegen einige Personen, die etwa auf Social Media ein Foto mit Regenbogenflaggen gepostet oder Ohrringe mit Regenbogenfarben getragen hatten, wegen Zeigens „extremistischer Symbole“ aufgrund einer Ordnungswidrigkeit Geldstrafen bzw. mehrtägige administrative Haftstrafen verhängt<sup>22</sup>. Im März 2024 wurde auch das erste Strafverfahren im Zusammenhang mit dem Verbot der „LGBT-Bewegung“ eingeleitet: dem Artdirector und der Administratorin eines

---

<sup>15</sup> <https://zona.media/news/2025/07/18/srok>

<sup>16</sup> <https://ovd.info/express-news/2025/05/14/na-zhurnalistku-tatyanu-felgengauer-zaveli-ugolovnoe-delo-ob-opravdanii>

<sup>17</sup> [https://ovd.info/en/antiwar\\_3\\_years#5](https://ovd.info/en/antiwar_3_years#5) <https://tass.ru/proisshestviya/23288537>

<sup>18</sup> <https://www.dw.com/ru/bastrykin-v-rossii-uze-615-del-o-fejkah-i-diskreditacii-armii/a-71814254>

<sup>19</sup> <https://www.fedsfm.ru/documents/terrorists-catalog-portal-act>

<sup>20</sup> Strafgesetzbuch der RF, Art. 282.4 ([УК РФ Статья 282.4](#)). Неоднократные пропаганда либо публичное демонстрирование нацистской атрибутики или символики, либо атрибутики или символики экстремистских организаций, либо иных атрибутики или символики, пропаганда либо публичное демонстрирование... \ КонсультантПлюс (consultant.ru)

<sup>21</sup> <https://www.interfax.ru/russia/934062>

<sup>22</sup> [https://ovd.info/story/khronika-davleniya-na-lgbt?utm\\_source=\(direct\)&utm\\_medium=\(none\)](https://ovd.info/story/khronika-davleniya-na-lgbt?utm_source=(direct)&utm_medium=(none))

LGBTIQ-Klubs in der russischen Stadt Orenburg wurde „Organisierung der Tätigkeit einer extremistischen Gemeinschaft“ (Art. 282.2, Teil 1 des russischen Strafgesetzbuches) vorgeworfen, beide wurden in Untersuchungshaft geschickt und im Juli 2025 wurden die Ermittlungsergebnisse dem Gericht übergeben<sup>23</sup>. Im Juli 2025 wurde die ebenso nicht existierende sogenannte „Internationale Satanismus-Bewegung“ vom russischen Obersten Gericht zur extremistischen Organisation erklärt.

Eine der ältesten und renommiertesten Menschenrechtsorganisationen in Russland – das Menschenrechtszentrum Memorial – wurde am 29.12.2021 von einem Moskauer Gericht neben der „systematischen Verletzung der Gesetzgebung zu ausländischen Agenten“ auch wegen „Rechtfertigung der Tätigkeit von extremistischen und terroristischen Organisationen“ schuldig gesprochen und es wurde die Liquidierung der Organisation angeordnet. Grundlage für den Extremismusvorwurf war eine Liste politischer Gefangener, die von Memorial seit 2008 geführt wurde. Am 21. März 2023 wurden von Beamten des Ermittlungskomitees und der Abteilung für Extremismusbekämpfung des russischen Innenministeriums Hausdurchsuchungen bei sieben vormaligen Mitgliedern von Memorial durchgeführt. Am selben Tag wurde ein Strafverfahren gegen den Co-Vorsitzenden des Menschenrechtszentrums Memorial, Oleg Orlow, wegen wiederholter öffentlicher Diskreditierung der russischen Streitkräfte eröffnet<sup>24</sup>. Im Februar 2024 wurde Orlow zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt.<sup>25</sup> Am 01.08.2024 wurde Orlow gemeinsam mit 15 weiteren politischen Gefangenen im Rahmen eines historischen Gefangenenaustauschs an den Westen übergeben<sup>26</sup>.

Die Versammlungsfreiheit ist seit den Protesten 2011/2012 stark eingeschränkt. Kundgebungen und Demonstrationen von oppositionellen Gruppen werden häufig nicht genehmigt und Behörden zeigen eine zunehmende Intoleranz gegenüber Teilnehmenden an nicht-genehmigten Demonstrationen. Laut Daten des russischen Obersten Gerichtshofs behandelten Gerichte im Jahr 2022 insg. 19.233 Verstöße gegen Versammlungsvorschriften (Art. 20.2 Ordnungswidrigkeitsgesetzbuch), es kam zu 13.936 Geldstrafen in der Höhe von insgesamt rund EUR 1.970.000, 407 Verurteilungen zu gemeinnütziger Arbeit und 2.307 administrativen Haftstrafen<sup>27</sup>. Nachdem die Proteste gegen den Krieg und gegen die Mobilmachung 2022 durch die russischen Behörden stark unterdrückt wurden, ist die

---

<sup>23</sup> <https://ovd.info/express-news/2025/07/10/v-orenburge-v-sud-postupilo-pervoe-v-rossii-ugolovnoe-delo-o-mezhdunarodnom>

<sup>24</sup> <https://memorialcenter.org/ru/stories/delo-orlova>

<sup>25</sup> <https://www.kommersant.ru/doc/6534350>

<sup>26</sup> <https://www.kommersant.ru/doc/6866037>

<sup>27</sup> <https://ovd.info/express-news/2023/04/17/za-2022-god-sudy-oshtrafovali-rossiyan-na-345-mln-rublej-iz-za-protestov-i>



Teilnehmerzahl<sup>35</sup>. Seit Anfang 2025 wurden in Russland insgesamt 82 Personen bei Protestaktionen festgenommen<sup>36</sup>.

## **1.2. Zivilgesellschaftlicher Entfaltungsspielraum**

Auf föderaler Ebene sind in Russland vor allem drei Institutionen mit dem Schutz der Menschenrechte befasst: Der "Rat für Zivilgesellschaft und Menschenrechte beim Präsidenten der Russischen Föderation", die Menschenrechtsombudsperson und die „Gesellschaftskammer“. Allen dreien kommt nur eine beratende Funktion zu und alle drei gelten nach personellen Veränderungen der letzten Jahre als loyal zum Kreml. Seit 25.02.2023 steht die Menschenrechtsombudsperson Tatiana Moskalkowa auf der Sanktionenliste der EU<sup>37</sup>. Gegen die Kinderrechtsbeauftragte Maria Lwowa-Belowa wurde am 17.3.2023 (ebenso wie gegen Präsident Putin) ein Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs erlassen.

Kritische NGOs geraten in Russland seit längerem unter Druck. Auf Basis des Gesetzes zu „ausländischen Agenten“<sup>38</sup>, das auf das Jahr 2012 zurückgeht, konnten russische NGOs, Medien, Blogger, nicht-registrierte Zusammenschlüsse und Einzelpersonen als „ausländische Agenten“ eingetragen werden, wenn sie finanzielle Mittel (oder eine sonstige) Unterstützung aus dem Ausland erhalten und etwa einer (sehr weit auslegbaren) politischen Tätigkeit nachgehen. Damit gingen umfassende Kennzeichnungs- und Berichtspflichten sowie zahlreiche Einschränkungen einher, bei deren Verletzung es zu Geld- und Haftstrafen sowie zu einer Liquidierung der Organisation kommen kann. Bereits vor dem Krieg in der Ukraine hatten russische Behörden die Gesetzgebung zu ausländischen Agenten genutzt, um Druck auf die Zivilgesellschaft auszuüben und kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen, seit Kriegsbeginn hat sich dieser Trend nochmals verstärkt.

Im Frühjahr 2022 wurden zwei der ältesten und renommiertesten Menschenrechtsorganisationen in Russland – „Memorial International“ und das „Menschenrechtszentrum Memorial“ – auf Grundlage einer Gerichtsentscheidung, die Verstöße gegen die Gesetzgebung zu ausländischen Agenten feststellte, aufgelöst. Weiters

---

<sup>35</sup> <https://meduza.io/news/2025/02/24/ovd-info-v-2022-godu-na-antivoennyh-aktsiyah-v-rossii-bylo-pochti-19-tysyach-zaderzhaniy-v-2024-m-tolko-41>

<sup>36</sup> [https://data.ovd.info/antiwar\\_3\\_years#2](https://data.ovd.info/antiwar_3_years#2)

<sup>37</sup> <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:32023R0429>

<sup>38</sup> Föderales Gesetz 121-FZ vom 20.7.2012;  
<http://www.consultant.ru/cons/cgi/online.cgi?req=doc&base=LAW&n=163972&fld=134&dst=1000000001,0&rnd=0.6859907583707727#04921274460463738>

ordnete ein Gericht in Sankt Petersburg im April 2022 die Liquidierung der wohltätigen Stiftung „Sphera“, die sich für LGBTIQ-Rechte engagiert, an.

In einem Urteil des EGMR vom 14.06.2022 über eine Beschwerde von 73 russischen NGOs gegen das Gesetz zu „NGOs - ausländische Agenten“ entschied der EGMR, dass das Gesetz gegen die Vereinigungsfreiheit gem. Art. 11 der EMRK verstößt<sup>39</sup>. Dennoch wurde im Juli 2022 eine Verschärfung der Gesetzgebung zu „ausländischen Agenten“ beschlossen, die Änderungen traten mit 01.12.2022 in Kraft. Damit wurden die Bestimmungen zur Qualifizierung von verschiedenen Organisationsformen (NGOs, Medien, Zusammenschlüsse ohne juristische Person, Einzelpersonen) als „ausländische Agenten“, die bisher in Einzelgesetzen verteilt waren, in einem Gesetz zusammengefasst<sup>40</sup>. Die Anpassungen definieren den Begriff des „ausländischen Agenten“ als eine Person, die ausländische Unterstützung erhält oder in irgendeiner anderen Form unter ausländischem Einfluss steht und die einer politischen Tätigkeit, der Sammlung von Informationen im militärischen Bereich oder der Erstellung bzw. Verbreitung von Nachrichten und Materialien an einen unbestimmten Empfängerkreis nachgeht. Unter ausländischem Einfluss ist die Unterstützung und (oder) die Beeinflussung einer Person durch Zwang, Überzeugung und (oder) auf andere Weise durch ausländische Quellen zu verstehen. Vor dieser Gesetzesänderung war für die Listung als „ausländischer Agent“ der Nachweis einer finanziellen und (oder) materiellen ausländischen Unterstützung erforderlich gewesen. Neben dem einheitlichen Register „ausländischer Agenten“<sup>41</sup> gibt es außerdem seit Ende 2022 ein Register von „Personen, die mit ausländischen Agenten affiliert sind“. Das sind zum Beispiel Mitarbeiter von Organisationen, die als ausländische Agenten qualifiziert sind, oder Personen, die von ausländischen Agenten eine Unterstützung bekommen haben. Das Register „affiliierter Personen“ ist nicht öffentlich zugänglich<sup>42</sup>. Im März 2024 wurde ein Gesetz verabschiedet, das die Platzierung von Werbung auf Webseiten, Social Media-Accounts und in sonstigen Medien von „ausländischen Agenten“ verbietet<sup>43</sup>. Im Mai 2024 wurde den zu „ausländischen Agenten“ erklärten Personen per Gesetzesnovelle verboten, bei den Wahlen aller Ebenen zu kandidieren<sup>44</sup>. Russische Behörden erweitern fortlaufend die Gesetzgebung zu „ausländischen Agenten“ und Betroffene sehen sich zunehmender Stigmatisierung ausgesetzt, so z.B. dürfen

---

<sup>39</sup> Russian Foreign Agents Act 2012 not necessary in a democratic society, Press release ECHR 14.6.2022 unter <https://hudoc.echr.coe.int/app/conversion/pdf/?library=ECHR&id=003-7358929-10052693&filename=Judgment%20Ecodefence%20and%20Others%20v.%20Russia%20-%20Foreign%20Agents%20Act%202012%20not%20necessary%20in%20a%20democratic%20society%20.pdf>;

<sup>40</sup> [Федеральный закон от 14.07.2022 № 255-ФЗ · Официальное опубликование правовых актов · Официальный интернет-портал правовой информации \(pravo.gov.ru\)](https://www.pravo.gov.ru/Document/View/0001202212010005?index=1)

<sup>41</sup> <https://minjust.gov.ru/uploaded/files/reestr-inostrannyih-agentov-05-05-2023.pdf>

<sup>42</sup> <http://publication.pravo.gov.ru/Document/View/0001202212010005?index=1>

<sup>43</sup> <https://www.interfax.ru/russia/949783>

<sup>44</sup> <https://www.interfax.ru/russia/959159>

Betroffene keine Bildungstätigkeit mehr ausüben oder es werden für Betroffene Spezialkonten eingerichtet, auf denen Einnahmen aus Urheberrechten und Immobilienverkäufen überwiesen werden und auf welche die „ausländischen Agenten“ erst Zugriff erhalten, sobald ihre Listung aufgehoben wurde<sup>45</sup>.

Im Jänner 2023 kündigten die Moskauer Stadtbehörden den Vertrag über die unentgeltliche Miete dreier Gebäude in Moskau durch das Sacharow-Zentrum, das sich mit der Aufarbeitung der sowjetischen Geschichte beschäftigt und das im Jahr 2014 als „ausländischer Agent“ eingestuft worden war. Grund für die Kündigung des Mietvertrags war die Gesetzesnovelle vom Dezember 2022, gemäß welcher „ausländische Agenten“ in Russland keine staatliche Unterstützung bekommen dürfen<sup>46</sup>. Im Jänner 2023 wurde die Moskauer Helsinki Gruppe, im Jahr 1976 gegründet und somit die älteste Menschenrechtsorganisation in Russland, auf Gerichtsentscheidung aufgelöst: der Organisation wurde vorgeworfen, an Veranstaltungen außerhalb Moskaus teilgenommen und somit den Tätigkeitsbereich als regionale Organisation überschritten zu haben. Aufgrund gleicher Vorwürfe urteilte ein Gericht im April 2023 auf Liquidierung des Informations- und analytischen Zentrums „Sova“, das sich mit Forschung zu den Themen Rassismus, Nationalismus und Menschenrechte in Russland beschäftigt und bereits im Jahr 2016 zu einem „ausländischen Agenten“ erklärt worden war. Am 14.01.2025 wurde der französische Politikwissenschaftler Laurent Vinatier als erster Ausländer (ohne russische Doppelstaatsbürgerschaft) durch ein Moskauer Gericht zu drei Jahren Haft verurteilt. Ihm wurde vorgeworfen, während seiner Russland-Besuche Informationen über russische Militäraktivitäten gesammelt zu haben, ohne sich dabei als „ausländischer Agent“ registriert zu haben. Im August 2025 wurde bekannt, dass gegen Vinatier ein weiteres Verfahren wegen Spionage eröffnet wurde<sup>47</sup>.

Weiters existiert ein Gesetz über sog. „unerwünschte ausländische und internationale Organisationen“<sup>48</sup> aus dem Jahr 2015. Eine Eintragung als unerwünschte Organisation zieht ein faktisches Tätigkeitsverbot in Russland nach sich. Die Zusammenarbeit mit „unerwünschten Organisationen“ kann zu mehrjährigen Haftstrafen führen. Im Mai 2025 wurde der Ko-Vorsitzende der unabhängigen Wahlbeobachtungsorganisation Golos wegen Teilnahme an einer „unerwünschten Organisation“, nämlich dem European Network of Election Monitoring Organizations (ENEMO), zu fünf Jahren Haft im Straflager verurteilt.<sup>49</sup> Im Gerichtsurteil wurde Golos mit ENEMO gleichgestellt, obwohl dieses nie in Russland tätig war;

---

<sup>45</sup> <https://www.rbc.ru/rbcfreenews/68b164f89a79471088c5a515>

<sup>46</sup> <https://www.kommersant.ru/doc/5785688>

<sup>47</sup> <https://www.themoscowtimes.com/2025/08/21/french-researcher-jailed-in-russia-now-faces-espionage-charges-a90303>

<sup>48</sup> Föderales Gesetz vom 23. Mai 2015 Nr. 129-FZ <http://www.rg.ru/2015/05/26/fz129-dok.html>  
<https://www.interfax.ru/russia/1025526>

Golos verkündete in Folge im Juli 2025 die Auflösung der Organisation<sup>50</sup>. Im August 2025 waren 258 ausländische bzw. internationale Organisationen vom Justizministerium als unerwünscht gelistet<sup>51</sup>. Im Juni 2023 wurde die angesehene Menschenrechtsorganisation „Agora“, die rechtliche Hilfe für politische Aktivisten, NGOs, Opfer von Polizeigewalt und zuletzt vor allem auch für von der Mobilisierung betroffene Personen und Wehrdienstverweigerer anbot, als in Russland „unerwünscht“ erklärt. Seit 1. November 2023 ist auch die österreichische *Central European University* im Register der „unerwünschten Organisationen“. Laut der russischen Generalstaatsanwaltschaft würde die österreichische Organisation die russische „spezielle Militäroperation“ sowie die russische politische Führung diskreditieren. Im Rahmen der von der Universität angebotenen Studiengänge würde die russische Geschichte verzerrt, die Verdienste von russischen Wissenschaftlern, Schriftstellern und Kulturschaffenden untertrieben sowie Behauptungen über die russische Schuld an allen globalen Kataklysmen aufgestellt. Im Fokus der Studiengänge stünden die angeblichen russischen „Kriegsverbrechen“ in der Ukraine, die „russische Propaganda“ sowie die Behauptungen über die „Zweitklassigkeit“ jener russischen Bürger, welche die „spezielle Militäroperation“ unterstützen. Die CEU werde durch die von George Soros kontrollierten Strukturen finanziert, so die Meldung<sup>52</sup>. Am 21. Mai 2025 listete die russische Generalstaatsanwaltschaft das Institut für die Wissenschaften vom Menschen (IWM) als zweite österreichische unerwünschte Organisation. Die Behörde gibt an, das Institut sei seit 2015 an einem kommerziellen Programm beteiligt, das mit Versuchen in Zusammenhang steht, die die territoriale Integrität Russlands untergraben würden<sup>53</sup>.

Seit August 2024 ermöglicht eine Gesetzesänderung es, nicht nur ausländische bzw. internationale NGOs, sondern auch durch ausländische staatliche Organe gegründete Organisationen in Russland als „unerwünscht“ zu deklarieren<sup>54</sup>.

Die russische Medienaufsichtsbehörde Roskomnadzor blockierte im August 2024 den Messengerdienst Signal, offiziell wegen Vergehen gegen die Antiterror-Gesetzgebung,<sup>55</sup> und im August 2025 Anrufe via WhatsApp oder Telegram, lt. der Behörde im Kampf gegen Spam-Anrufe und kriminelle Aktivitäten<sup>56</sup>. Die Zivilgesellschaft beklagt in diesem Zusammenhang den schleichenden Wegfall gesicherter Kommunikationskanäle. Hinzu kommt ein

---

<sup>50</sup> <https://www.kommersant.ru/doc/7871605>

<sup>51</sup> <https://minjust.gov.ru/ru/documents/7756/>

<sup>52</sup> <https://epp.genproc.gov.ru/web/gprf/search?article=90873400>

<sup>53</sup> <https://epp.genproc.gov.ru/web/gprf/mass-media/news?item=103838978>

<sup>54</sup> <http://kremlin.ru/catalog/keywords/6/events/74726>

<sup>55</sup> <https://www.reuters.com/technology/signal-messenger-blocked-russia-says-roskomnadzor-ifax-2024-08-09/>

<sup>56</sup> <https://www.themoscowtimes.com/2025/08/13/roskomnadzor-says-its-restricting-whatsapp-telegram-calls-a90198>

fortlaufendes Vorgehen gegen VPN-Anbieter, welche eine Umgehung dieser Einschränkungen ermöglichen.

### **1.3. Religiöse Gruppierungen (inkl. Zeugen Jehovas)**

Die Mehrheit der russischen Bevölkerung steht der Russisch-Orthodoxen Kirche nahe, die auch eine gewisse politische Bedeutung erlangt hat:

Gemäß dem 2023 per Präsidentenerlass gebilligten Konzept der russischen Außenpolitik sollen die russischen Behörden bei der Planung und Umsetzung außenpolitischer Entscheidungen neben den beiden Parlamentskammern, Expertengruppen und NGOs auch mit der Russisch-Orthodoxen Kirche sowie „weiteren religiösen Organisationen traditioneller Konfessionen“ zusammenarbeiten. Um ein positives Bild von Russland im Ausland zu schaffen und gegen die russophobe Kampagne der „unfreundlichen Staaten“ Widerstand zu leisten, solle Russland u.a. die Entwicklung internationaler Kontakte von religiösen Organisationen traditioneller Konfessionen fördern sowie die Russisch-Orthodoxe Kirche im Ausland vor Diskriminierung schützen, so das Dokument<sup>57</sup>. Bei einem Treffen mit Russlands Präsident Putin im Februar 2024 sagte Patriarch Kyrill, Vorsteher der Russisch-Orthodoxen Kirche, dass die vergangenen 15 Jahre durch ein sehr hohes Niveau der Beziehungen zwischen Kirche und Staat gekennzeichnet gewesen seien, was ermöglicht habe, das zu erreichen, was in der Vergangenheit unvorstellbar gewesen sei, vor allem eine breite Arbeit mit der Jugend und den Kindern<sup>58</sup>. Im August 2025 gab es erstmals über 1.000 russisch-orthodoxe Militärfarrer, die für die russische Armee in der so genannten „Zone der russischen Spezialoperation“ in der Ukraine tätig waren<sup>59</sup>. Im Zuge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine trat Patriarch Kyrill mehrmals mit Statements zur Unterstützung der russischen Handlungen auf<sup>60 61 62</sup>.

Das Religionsgesetz von 1997<sup>63</sup> erkennt den historischen Status von Religionen wie dem Islam, Buddhismus, Judentum und anderen Religionen an. Es sind keine offiziellen Statistiken zur Religionszugehörigkeit der russischen Bevölkerung verfügbar, aber laut jüngsten Umfragen

---

<sup>57</sup> <http://kremlin.ru/events/president/news/70811>

<sup>58</sup> <http://kremlin.ru/events/president/news/73358>

<sup>59</sup> <https://tass.ru/obschestvo/24712427>

<sup>60</sup> <https://www.kommersant.ru/doc/5327424>;

<sup>61</sup> <https://www.kommersant.ru/doc/5339520>

<sup>62</sup> <https://www.patriarchia.ru/db/text/6209446.html>

<sup>63</sup> [http://www.consultant.ru/document/cons\\_doc\\_LAW\\_16218/](http://www.consultant.ru/document/cons_doc_LAW_16218/)

sind 67% bis 72% der Bevölkerung russisch-orthodox, 7% muslimisch und jeweils rund 1% protestantisch oder buddhistisch<sup>64 65</sup>.

Seit einer Änderung des Anti-Extremismus-Gesetzes im Jahr 2007 gerieten bestimmte religiöse Gruppen ins Visier der russischen Behörden, vor allem die Zeugen Jehovas und islamische Gruppierungen wie Hizb ut-Tahrir.

Am 20. April 2017 erließ der Oberste Gerichtshof ein landesweites Verbot der Religionsgemeinschaft der Zeugen Jehovas<sup>66</sup>. Wenngleich sich das Verbot auf die Organisation bezieht, werden in der Praxis auch einfache Gläubige verfolgt. Als gesetzliche Grundlage dient in der Regel die Gesetzgebung zur Bekämpfung von Extremismus. Seither kam es in 74 russischen Regionen zu zum Teil mit übermäßiger Polizeigewalt durchgeführten 2.000 Hausdurchsuchungen bei Zeugen Jehovas, 904 Personen wurden strafrechtlich verfolgt. 2024 wurden Strafverfahren gegen mindestens 100 Zeugen Jehovas eingeleitet (2023: 107; 2022: 77; 2021: 142). 116 Personen wurden im Jahr 2024 verurteilt, teilweise zu Haftstrafen von über fünf Jahren. Im April 2025 befanden sich mindestens 143 Zeugen Jehovas in Strafkolonien bzw. Untersuchungsgefängnissen<sup>67</sup>. In einem Urteil des EGMR vom 7. Juni 2022<sup>68</sup>, hatte der EGMR das Verbot der Zeugen Jehovas in Russland als rechtswidrig erklärt und Entschädigungszahlungen angeordnet. Nach dem Ende der Mitgliedschaft Russlands im Europarat hat Russland allerdings erklärt, EGMR-Urteile, die nach dem 15.3.2022 rechtskräftig wurden, nicht umzusetzen.

Gegen angebliche Mitglieder der in Russland als terroristische Organisation verbotenen islamischen Gruppierung „Hizb ut-Tahrir“ wurde weiterhin strafrechtlich vorgegangen. 52 Hizb-ut-Tahrir Anhänger wurden 2022 zu langen Haftstrafen (11-19 Jahre) verurteilt<sup>69</sup>. Die radikalislamische Taliban wurde im April 2025 von der russischen Terrorliste genommen, im Juli 2025 anerkannte Russland die Taliban-Regierung in Afghanistan offiziell<sup>70</sup>.

Im Jahr 2023 wurden einige ausländische religiöse Organisationen in Russland zu „unerwünschten Organisationen“ deklariert, und zwar das *Transformation Center Covenant Network* mit Sitz in den USA, die ukrainische religiöse Bewegung *AllatRa* sowie eine US-amerikanische, eine ukrainische und eine deutsche Organisation der Zeugen Jehovas<sup>71</sup>. Im

---

<sup>64</sup> <https://wciom.ru/analytical-reviews/analiticheskii-obzor/religija-i-obshchestvo-monitoring-09062025>

<sup>65</sup> <https://www.levada.ru/2023/05/16/religioznye-predstavleniya-2/>

<sup>66</sup> <http://www.sova-center.ru/en/misuse/reports-analyses/2017/09/d37819/>

<sup>67</sup> [https://www.sova-center.ru/religion/publications/2025/04/d51402/?sphrase\\_id=2859564](https://www.sova-center.ru/religion/publications/2025/04/d51402/?sphrase_id=2859564)

<sup>68</sup> [https://hudoc.echr.coe.int/fre#{%22tabview%22:\[%22notice%22\],%22itemid%22:\[%22001-217535%22\]}](https://hudoc.echr.coe.int/fre#{%22tabview%22:[%22notice%22],%22itemid%22:[%22001-217535%22]})

<sup>69</sup> [https://www.sova-center.ru/misuse/publications/2023/03/d47794/#\\_Toc128575062](https://www.sova-center.ru/misuse/publications/2023/03/d47794/#_Toc128575062)

<sup>70</sup> <https://www.bbc.com/news/articles/c78n4wely9do>

<sup>71</sup> [https://www.sova-center.ru/religion/publications/2024/03/d49416/#\\_Toc160462999](https://www.sova-center.ru/religion/publications/2024/03/d49416/#_Toc160462999)

Dezember 2024 folgte die Listung der *US-International Religious Freedom or Belief Alliance*; im September 2025 jene des deutschen Vereins bzw. der Hilfsinitiative für Anti-Kriegs-Priester in Russland „*Friede Allen*“<sup>72</sup>.

#### **1.4. Radikale Strömungen**

Rassismus und Xenophobie richtet sich in Russland traditionell vor allem gegen Migranten aus Zentralasien, Personen aus dem Kaukasus und gegen Schwarze. Unter den Opfern von gewalttätigen Übergriffen waren 2023 am häufigsten Personen „nichtslawischen Aussehens“ (darunter Personen aus Zentralasien, dem Kaukasus und Indien sowie schwarzhäutige Personen), ideologische Gegner rechtsextremistischer Gruppen, LGBTIQ-Personen, Obdachlose und Betrunkene<sup>73</sup>.

Die NGO „Sova“ berichtet seit 2023 im Vergleich zu den Vorjahren von einer stark gestiegenen Zahl an ideologisch motivierter Gewalt (2024: 259; 2023: 121; 2022: 23; 2021: 74). „Sova“ spricht in diesem Zusammenhang vom Entstehen einer neuen, jungen Generation von Ultrarechten und „Skinheads“ in Russland. Die meisten Vorfälle wurden wie in den Vorjahren in den beiden Metropolen Moskau und Sankt Petersburg berichtet. Aufgrund fehlender Daten bezieht „Sova“ den Nordkaukasus in ihre Analysen nicht ein<sup>74</sup>.

Laut der NGO „Sova“ unterstützt der Großteil der russischen rechtsextremen Gruppierungen die russische „Spezialoperation“ in der Ukraine, wenngleich die Art und Weise wie sie geführt wird, zum Teil heftig kritisiert wird, vor allem in Internetforen. Einige Mitglieder nationalistischer Gruppierungen haben sich als Freiwillige der „militärischen Spezialoperation“ angeschlossen, allerdings nicht in großer Zahl. Unter den wenigen Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegnern in rechtsradikalen Kreisen herrsche Apathie.<sup>75</sup>

#### **1.5. LGBTIQ-Personen**

---

<sup>72</sup> <https://meduza.io/news/2025/09/18/v-reestr-nezhelatelnih-organizatsiy-vnesli-proekt-pomoschi-antivoennym-svyaschennikam-mir-vsem>

<sup>73</sup> <https://www.sova-center.ru/racism-xenophobia/publications/2025/02/d51105/>

<sup>74</sup> <https://www.sova-center.ru/racism-xenophobia/publications/2025/02/d51105/>

<sup>75</sup> [https://www.sova-center.ru/racism-xenophobia/publications/2025/07/d52000/#\\_Toc204634182](https://www.sova-center.ru/racism-xenophobia/publications/2025/07/d52000/#_Toc204634182)

Seit 1993 sind homosexuelle Handlungen zwischen Erwachsenen in Russland legal. Dennoch werden Homosexualität und andere „nicht-traditionelle sexuelle Beziehungen“ von einem Großteil der Bevölkerung abgelehnt<sup>76</sup>. 2013 wurde in Russland das Gesetz zum Verbot der an Minderjährige gerichteten Propaganda von nicht traditionellen sexuellen Beziehungen verabschiedet<sup>77</sup>. 2023 wurde das Verbot mit einem neuen Gesetz auf alle Altersgruppen ausgeweitet<sup>78</sup>. Für Verstöße gegen das Verbot sind Geldstrafen in Höhe von bis zu 400.000 Rubel (rund 6.300 Euro) für Personen und bis 5 Mio. Rubel (rund 79.600 Euro) für Organisationen sowie die temporäre Schließung von Medien, die diese Propaganda verbreiten, vorgesehen. Ausländerinnen und Ausländern und Staatenlosen droht außerdem eine Abschiebung aus Russland. Im Jahr 2024 wurden wegen Verstöße gegen das Verbot der so genannten „LGBT-Propaganda“ insgesamt 146 Geldstrafen verhängt, außerdem wurden vier Personen in administrative Haft geschickt<sup>79</sup>. Auch 2025 wurden einige Personen u.a. wegen „Propaganda von LGBT-Beziehungen“ als „ausländische Agenten eingestuft“<sup>80</sup>. Im November 2023 wurde die formell nicht existierende so genannte „Internationale LGBT-Bewegung“ durch das russische Oberste Gericht als extremistische Organisation eingestuft<sup>81</sup>. Seitdem wurden gegen einige Personen wegen Zeigens „extremistischer Symbole“ (z.B. Regenbogenfahnen) aufgrund einer Ordnungswidrigkeit Geldstrafen bzw. mehrtägige administrative Haftstrafen verhängt<sup>82</sup>. Im März 2024 wurde auch das erste Strafverfahren im Zusammenhang mit dem Verbot der „Internationalen LGBT-Bewegung“ eingeleitet: dem Artdirector und der Administratorin eines LGBTIQ-Klubs in der russischen Stadt Orenburg wurde „Organisierung der Tätigkeit einer extremistischen Gemeinschaft“ (Art. 282.2, Teil 1 des russischen Strafgesetzbuches) vorgeworfen, beide wurden in Untersuchungshaft geschickt und im Juli 2025 wurden die Ermittlungsergebnisse dem Gericht übergeben<sup>83</sup>. Andrej Kotow, Direktor des Reisebüros „Men Travel“, verstarb Ende 2024 in einem Moskauer Untersuchungsgefängnis, nachdem er wegen demselben Tatbestand angeklagt und festgenommen wurde; Kotow wird posthum vor Gericht gestellt<sup>84</sup>.

---

<sup>76</sup> <https://www.levada.ru/2024/11/18/otnoshenie-rossiyan-k-gomoseksualnosti-oktyabr-2024/>

<sup>77</sup> [http://www.consultant.ru/document/cons\\_doc\\_LAW\\_34661/f385ab5d34de901b2e5f3d08ac0b454481377d6a/](http://www.consultant.ru/document/cons_doc_LAW_34661/f385ab5d34de901b2e5f3d08ac0b454481377d6a/)

<sup>78</sup> <http://publication.pravo.gov.ru/Document/View/0001202212050019>

<sup>79</sup> <https://meduza.io/feature/2025/06/18/za-poslednie-10-let-kolichestvo-del-po-statyam-svyazannym-s-propagandoy-lgbt-vyroslo-v-18-raz>

<sup>80</sup> <https://minjust.gov.ru/ru/events/50748/>

<https://minjust.gov.ru/ru/events/50840/>

<https://minjust.gov.ru/ru/events/50627/>

<sup>81</sup> <https://www.interfax.ru/russia/934062>

<sup>82</sup> [https://ovd.info/story/khronika-davleniya-na-lgbt?utm\\_source=\(direct\)&utm\\_medium=\(none\)](https://ovd.info/story/khronika-davleniya-na-lgbt?utm_source=(direct)&utm_medium=(none))

<sup>83</sup> <https://ovd.info/express-news/2025/07/10/v-orenburge-v-sud-postupilo-pervoe-v-rossii-ugolovnoe-delo-o-mezhdunarodnom>

<sup>84</sup> <https://ovd.info/express-news/2025/03/07/direktora-turfirmy-men-trevel-naydannogo-mertvym-v-moskovskom-sizo-budut>

Im Juli 2023 wurde ein Gesetz<sup>85</sup> angenommen, das den rechtlichen Geschlechtswechsel sowie jegliche medizinische Maßnahmen zur Geschlechtsangleichung in Russland verbietet. Eine Ausnahme ist nur für die Behandlung von „angeborenen physiologischen Anomalien bei Kindern“ vorgesehen.

Die russischen Behörden kommen ihrer Verpflichtung, gegen homophobe Gewalt vorzugehen und diese zu ahnden, laut Menschenrechtsorganisationen häufig nicht nach<sup>86</sup> <sup>87</sup>. Laut russischen LGBTIQ-Organisationen wird nur ein Bruchteil der Vorfälle zur Anzeige gebracht und wiederum nur in einem Bruchteil davon ein Strafverfahren eingeleitet<sup>88</sup>. Als besonders gravierend gilt die Lage sexueller Minderheiten im Nordkaukasus<sup>89</sup>; Erpressungsfälle, in denen von Personen im Nordkaukasus Schutzgelder zur Geheimhaltung ihrer LGBTQI-Zugehörigkeit verlangt werden, werden immer wieder verzeichnet<sup>90</sup>.

### Einschätzung der Botschaft

*Der Freiraum der russischen Zivilgesellschaft wurde seit 2012 schrittweise eingeschränkt. Nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine am 24. Februar 2022 wurden die meisten unabhängigen Medien in Russland blockiert oder eliminiert und eine kritische Berichterstattung durch Gesetzesänderungen u.a. zum Verbot der Verbreitung von Fake News und Diskreditierung der russ. Streitkräfte unterbunden, sodass die Pressefreiheit inzwischen praktisch aufgehoben ist. Die Zugangssperre zu zahlreichen namhaften europäischen Medien in Russland engt den Raum für die russische Bevölkerung, vielseitige Berichterstattung zu verfolgen, weiter ein. Auch gegen kritische inländische und ausländische Organisationen sowie gegen Einzelpersonen wird rigoros vorgegangen, durch Brandmarkung als „ausländische Agenten“, Verbote, Liquidierung und strafrechtliche Verfolgung. Die parlamentarische Opposition („Systemopposition“) wurde auf Linie gebracht, die außerparlamentarische Opposition wurde – durch die Verhaftung und das Ableben in Haft von A. Nawalny und die Zerschlagung seiner Strukturen in Russland sowie die Verhaftung und Verurteilung von weiteren Oppositionspolitikern – mundtot gemacht. Ziel der restriktiven Maßnahmen der*

---

<sup>85</sup> <https://sozd.duma.gov.ru/bill/369814-8>

<sup>86</sup> [http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/russia1214\\_ForUpload.pdf](http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/russia1214_ForUpload.pdf)

<sup>87</sup> <https://novayagazeta.eu/articles/2024/05/17/study-shows-russias-lgbt-community-faced-increased-violence-and-discrimination-in-2023-en-news>

<sup>88</sup> <https://www.kommersant.ru/doc/4396994> ; „Альтернативный доклад о правах человека в России для Комитета по правам человека ООН“; Stand Juni 2020

<sup>89</sup> OSCE Rapporteur’s Report under the Moscow Mechanism on alleged Human Rights Violations and Impunity in the Chechen Republic of the Russian Federation; <https://www.osce.org/odihr/407402?download=true>

<sup>90</sup> Gespräch eines Botschaftsvertreters mit einem Nordkaukasusexperten am 19.04.2024

*politischen Führung ist die Unterdrückung jeglicher Tendenzen, die sich potentiell destabilisierend auf das bestehende innenpolitische System auswirken könnten.*

## **2. Rechtsschutz und Sicherheit**

Die russischen Gerichte sind laut Verfassung unabhängig, allerdings kritisieren internationale Gremien wie auch NGOs regelmäßig Missstände im russischen Justizwesen. Gemäß dem russischen Strafprozessbuch werden die Prozesse mit wenigen Ausnahmen in der Region abgehalten, wo die Tat begangen wurde<sup>91</sup>. Politische Einflussnahme auf Prozesse, mangelnde Transparenz der Verfahren, die geringe Zahl an Freisprüchen in Strafprozessen (lt. Amnesty International in 0,5% der Fälle) und die de facto „Schuldigkeitsvermutung“ in Strafverfahren sowie das Fabrizieren von Beweisen werden kritisiert. Laut Expertenmeinungen ist das russische Justizsystem institutionell abhängig von den Untersuchungsbeamten, die häufig die Urteile bestimmen, politisch wichtige Fälle werden vom Kreml überwacht und Richter haben nicht genug Autonomie, um den Ausgang zu bestimmen<sup>92</sup>. Die Menschenrechtsorganisation Memorial führt eine Liste politischer Gefangener, die dzt. 652 Namen umfasst<sup>93</sup> darunter Aleksej Gorinow, Swetlana Petrijtschuk, Ewgenija Berkowitsch, Boris Kagarlitzkij.

Anwälte im Menschenrechtsbereich beklagen ungleiche Spielregeln in Gerichtsverfahren und steigenden Druck gegen die Anwälte selbst. Der bekannte Menschenrechtsanwalt Ivan Pavlov, der in einer Reihe hochkarätiger Fälle involviert war (z.B. in der Sache von Alexei Nawalnys Antikorruptionsfond oder den Fall des Journalisten Iwan Safronow), verließ Russland aus Angst vor Verfolgung aus politischen Motiven im September 2021. Der Anwalt und Leiter der internationalen Menschenrechtsgruppe „Agora“ Pawel Tschikow wurde im März 2023 von den russischen Behörden als „ausländischer Agent“ eingestuft sowie Anfang 2023 wegen „Diskreditierung der russischen Streitkräfte“ mit einer Geldstrafe belangt. Medienberichten zufolge lebt Tschikow derzeit ebenfalls im Ausland. Im Juni 2023 wurde die Tätigkeit der in Bulgarien als *Law Sofia Foundation* registrierten Menschenrechtsgruppe „Agora“ in Russland für „unerwünscht“ erklärt, was faktisch ein Tätigkeitsverbot bedeutet. Die Anwälte von Agora hatten seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs in der Ukraine verstärkt rechtliche Informationen zum Thema Militärdienst (Mobilisierung, Einberufung zum Grundwehrdienst, Zivildienst) und Beratung für Wehrdienstverweigerer angeboten. Am 16.01.2025 wurden die

---

<sup>91</sup> [Art. 32](#) russ. Strafprozessbuch

Konkrete Ausnahmen in [Art. 35](#) russ. Strafprozessbuch

<sup>92</sup> R.Politik Bulletin Nr. 17 (57) vom 8.9.2020

<sup>93</sup> <https://memopzk.org/list-persecuted/spisok-politzaklyuchyonnyh-bez-presleduemyh-za-religiyu/>

drei Rechtsanwälte Nawalnys Igor Sergunin, Wadim Kobzew und Alexej Lipzer wegen Extremismus zu Straflager-Haft von 3,5 bis fünf Jahre verurteilt; sie wurden beschuldigt, Briefe zwischen Nawalny und der in Russland als „extremistisch“ eingestuften FBK übermittelt zu haben. Zwei weitere Anwälte bzw. Anwältinnen von Nawalny, Alexander Fedulow und Olga Michailowa, verließen Russland und wurden in Absentia verurteilt.<sup>94</sup>

Nach einer Verfassungsänderung im Jahr 2020 schreibt die Verfassung der Russischen Föderation ausdrücklich vor, dass Entscheidungen, die in einer der Verfassung widersprechenden Auslegung völkerrechtlicher Verträge ergangen sind, in Russland nicht vollzogen werden<sup>95</sup>. In Reaktion auf den Angriffskrieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine hat das Ministerkomitee des Europarats Russland ab dem 16. März 2022 aus dem Europarat ausgeschlossen<sup>96</sup>, ein Schritt, dem Russland mit einem erklärten Austritt zuvorzukommen versuchte. Russland ist daher seit 16. September 2022 keine Vertragspartei der Europäischen Menschenrechtskonvention mehr<sup>97</sup>.

Russland beschloss am 11.06.2022 eine Gesetzesänderung<sup>98</sup>, wonach EGMR-Urteile, die nach dem 15. März 2022 in Kraft traten, von Russland nicht mehr umzusetzen sind. Bereits in der Vergangenheit war Russland nicht konsequent bei der Umsetzung von EGMR-Urteilen gewesen. Insbesondere in der Umsetzung von Grundsatzurteilen wird Russland ein vernichtendes Zeugnis ausgestellt (90% der EGMR-Urteile wurden nicht umgesetzt)<sup>99</sup>. Ein am 28.4.2023 unterzeichnetes russisches Gesetz führte eine strafrechtliche Verantwortung für Hilfe bei der Vollstreckung von Entscheidungen internationaler Gerichte, an welchen Russland nicht teilnimmt, ein<sup>100</sup>.

## 2.1. Kampf gegen Folter

---

<sup>94</sup> <https://www.interfax.ru/russia/1003384>

<sup>95</sup> Vgl Art 79 der Verfassung der Russischen Föderation, abrufbar unter <https://www.ostrecht.de/wp-content/uploads/2021/06/Verfassung-RF-Publikation.pdf> (13.7.2022); vgl zur Vorgeschichte und als kritische Würdigung *Geistlinger*, in Wieser (Hrsg), Handbuch der russischen Verfassung, Ergänzungsband zur Novelle 2020 (2020) Art 79 Rz 23 ff.

<sup>96</sup> Ministerkomitee des Europarates, Resolution CM/Res(2022)2 v. 16.3.2022, abrufbar unter [https://search.coe.int/cm/Pages/result\\_details.aspx?ObjectId=0900001680a5da51](https://search.coe.int/cm/Pages/result_details.aspx?ObjectId=0900001680a5da51) (24.7.2022).

<sup>97</sup> Vgl EGMR, Resolution v. 22.3.2022, abrufbar unter: [https://echr.coe.int/Documents/Resolution\\_ECHR\\_cessation\\_membership\\_Russia\\_CoE\\_ENG.pdf](https://echr.coe.int/Documents/Resolution_ECHR_cessation_membership_Russia_CoE_ENG.pdf) (23.7.2022); vgl ferner Ministerkomitee des Europarates, Resolution CM/Res(2022)3 v. 23.3.2022, Rz 7, abrufbar unter <https://rm.coe.int/resolution-cm-res-2022-3-legal-and-financial-conss-cessation-membershi/1680a5ee99?msclid=60a33447ab8d11ec9c8f9bc54d5831c1> (24.7.2022).

<sup>98</sup> [http://www.consultant.ru/document/cons\\_doc\\_LAW\\_419069/b004fed0b70d0f223e4a81f8ad6cd92af90a7e3b/](http://www.consultant.ru/document/cons_doc_LAW_419069/b004fed0b70d0f223e4a81f8ad6cd92af90a7e3b/)

<sup>99</sup> *European Implementation Network*, Länder abrufbar unter <https://www.einnetwork.org/countries-overview> (17.3.2022).

<sup>100</sup> <http://publication.pravo.gov.ru/Document/View/0001202304280051>

Folter sowie unmenschliche oder erniedrigende Behandlung und Strafen sind in Russland auf Basis von Artikel 21.2 der Verfassung sowie Art. 117 und Art. 286 des Strafgesetzbuchs verboten. Russland ist Teil der UN-Antifolterkonvention, hat aber das Zusatzprotokoll (CAT-OP) nicht unterzeichnet. Der Europäischen Konvention zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe trat Russland 1996 bei; im September 2025 stimmten die Staatsduma und der Föderationsrat auf Initiative von Präsident Putin für den Austritt Russlands aus der Konvention<sup>101</sup>. Im Juli 2022 wurde eine Gesetzesänderung angenommen, mit der einerseits der Begriff Folter im Gesetz explizit definiert und das Strafmaß für Folter auf bis zu 12 Jahre Gefängnis angehoben wird, wenn diese unter Missbrauch der dienstlichen Befugnisse und zur Erpressung von Geständnissen angewendet oder angeordnet wird<sup>102</sup>. Trotz des gesetzlichen Rahmens werden immer wieder Vorwürfe über polizeiliche Gewalt bzw. Willkür gegenüber Verdächtigen laut. Als Beispiel genannt wird der Fall von Folter von drei jungen Frauen in einer Moskauer Polizeistation im März 2022, nachdem sie an Anti-Kriegsprotesten teilgenommen hatten<sup>103</sup>. Der Umstand, dass russische Gerichte ihre Verurteilungen in Strafverfahren häufig nur auf Geständnisse der Beschuldigten stützen, scheint in vielen Fällen Grund für zum Teil schwere Misshandlungen im Rahmen von Ermittlungsverfahren oder in Untersuchungsgefängnissen zu sein. Folturvorfälle gegen Polizei- und Justizvollzugsbeamte werden laut russischen NGO-Vertretern häufig nicht oder nur unzureichend untersucht. Es tauchen immer wieder Berichte und Videos zu Misshandlungen und Folter in Strafvollzugseinrichtungen auf (sh. nächster Abschnitt).

Beschwerden und Misshandlungsvorfälle gab es laut einem Bericht des Anti-Folter-Komitees des Europarats vom September 2019 auch gegen das Personal mehrerer psychiatrischer Einrichtungen. Im April 2023 wurde bekannt, dass in einer psychiatrischen Einrichtung in Sankt Petersburg sechs Patienten gestorben sind, die laut den Angaben der NGO „Vera“ durch das Personal der Anstalt vernachlässigt wurden und stark unterernährt waren<sup>104</sup>.

Die vier Attentäter des Anschlags in der Moskauer *City Crocus Hall* vom März 2024 wurden wenige Tage nach ihrer Festnahme dem Untersuchungsrichter vorgeführt; die Attentäter wiesen dabei eindeutige Spuren von Folter auf<sup>105</sup>. Einem Attentäter wurde Berichten zufolge das Ohr abgeschnitten, während ein weiterer unter scheinbar nur eingeschränktem

---

<sup>101</sup> <https://www.interfax.ru/russia/1048992>

<sup>102</sup> Strafgesetzbuch RF, Art. 286 Absatz 3-5

<sup>103</sup> HRW Bericht 2023 ([World Report 2023: Russian Federation | Human Rights Watch \(hrw.org\)](https://www.hrw.org/world-report-2023-russian-federation)) sowie <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/03/07/violence-against-women-and-girls-eu-sanctions-nine-individuals-and-three-entities-under-its-global-human-rights-sanctions-regime/>

<sup>104</sup> <https://theins.ru/en/news/261143>

<sup>105</sup> <https://meduza.io/en/feature/2024/03/27/it-s-a-prevention-measure>

Bewusstsein in einem Rollstuhl in den Saal gebracht wurde. Auf Telegram-Kanälen kursierten zahlreiche Videos und Fotos, die die Folterung der Attentäter durch russische Sicherheitskräfte zeigen soll. Am 04.08.2025 begann der Gerichtsprozess gegen 19 Haupt- und Mittäter unter Ausschluss der Öffentlichkeit; am ersten Prozesstag sollen vier Haupttäter ihre Schuld gestanden haben.<sup>106</sup>

## 2.2. Strafvollzug

Die Haftbedingungen entsprechen zum Teil nicht den allgemein anerkannten Mindeststandards. Die Probleme in den Haftanstalten reichen von Misshandlungen, fehlenden Resozialisierungsmaßnahmen bis zu mangelnder medizinischer Versorgung.

Im Oktober 2021 wurden dem Menschenrechts-Projekt Gulagu.net 40 GB Foto- und Videomaterial zugespielt, die Folter und schwerste Misshandlungen in russischen Strafanstalten zeigen. Das Menschenrechts-Projekt Gulagu.net bezeichnet Folter in Russland als ein „systemisches Problem“<sup>107</sup>. Seit 2022 werden Häftlinge in Russland für den Krieg in der Ukraine rekrutiert. Zunächst beschäftigte sich damit das private Militärunternehmen „Wagner“ des Unternehmers Jewgenij Prigoschin. Den Häftlingen wurde dabei in Aussicht gestellt, dass sie nach einem sechsmonatigen Dienst bei der „Wagner“-Privatarmee begnadigt werden<sup>108</sup>. Medienberichten<sup>109</sup> zufolge soll „Wagner“ zumindest 48.000 Häftlinge rekrutiert haben. Nach der Auflösung von „Wagner“ und dem Tod von Prigoschin wurde die Rekrutierung der Häftlinge durch das russische Verteidigungsministerium übernommen. Medienberichten zufolge unterzeichnen die rekrutierten Häftlinge nun einen Vertrag, der einen zwölfmonatigen Dienst bei den russischen Streitkräften vorsieht und der nach dem Ablauf automatisch verlängert wird. Der Militärdienst der Häftlinge soll somit bis zum Ende der sogenannten „speziellen Militäroperation“ in der Ukraine dauern. Die Häftlinge werden nicht mehr begnadigt, sondern zur Bewährung entlassen<sup>110</sup>. Im Juni 2023 wurde in Russland ein Gesetz<sup>111</sup> verabschiedet, das rechtliche Grundlagen für die Rekrutierung von Häftlingen während der Mobilisierung schaffte.

---

<sup>106</sup> <https://www.vedomosti.ru/society/articles/2025/08/05/1129251-nachalsya-sudebnii-protsess-po-delu-o-terakte-v-krokus>

<sup>107</sup> [https://gulag.net/Torture\\_in\\_Russia](https://gulag.net/Torture_in_Russia)

<sup>108</sup> <https://zona.media/article/2023/04/17/17000>, <https://meduza.io/news/2023/01/23/rus-sidyaschaya-iz-50-tysyach-zaklyuchennyh-zaverbovannyh-chvk-vagnera-na-fronte-ostalis-tolko-10-tysyach-ostalnye-libo-pogibli-libo-dezertirovali>

<sup>109</sup> <https://zona.media/article/2024/06/10/42174>

<sup>110</sup> <https://www.bbc.com/russian/articles/clev58319pvo>

<sup>111</sup> <http://publication.pravo.gov.ru/Document/View/0001202306240007?index=1>

Im Mai 2023 gab der EGMR einer Beschwerde einiger russischer Häftlinge über die Menschenrechtsverletzungen im Rahmen informeller Praktiken in den russischen Strafanstalten statt<sup>112</sup>. Wie der EGMR urteilte, erleben die zur untersten Schicht im so genannten „Kastensystem“ gehörenden Häftlinge Segregation, physische und sexuelle Gewalt sowie psychologische Drangsalierung, während die russischen Behörden das Problem ignorieren. Laut Berichten<sup>113</sup> einiger Häftlinge wird das informelle Hierarchiesystem durch die Verwaltung der russischen Strafanstalten nicht nur nicht bekämpft, sondern auch zur Druckausübung auf einzelne Häftlinge ausgenutzt.

Der Oppositionspolitiker Alexei Nawalny, der eine 9-jährige Haftstrafe im Gebiet Wladimir und anschließend im russischen Polarkreis verbüßte, verbrachte im Laufe seiner Haft (Februar 2021 bis Februar 2024) 296 Tage in Einzelhaft<sup>114</sup>. Am 16.02.2024 verstarb Nawalny aus nicht weiter geklärten Umständen – laut Angaben der Gefängnisverwaltung aufgrund eines Blutgerinnsels – im Straflager IK-3 „Polarwolf“. Am 16.01.2025 wurden drei Rechtsanwälte Nawalnys wegen Extremismus zu Straflager-Haft von 3,5 bis fünf Jahren verurteilt; sie wurden beschuldigt, Briefe zwischen Nawalny und der in Russland als „extremistisch“ eingestuften FBK übermittelt zu haben.<sup>115</sup> Zwei weitere Anwälte wurden in Abwesenheit verurteilt und auf die Fahndungsliste gesetzt. Auf dem Weg zur Anhörung wurden einige Journalistinnen und Journalisten von der Polizei kurzfristig in Gewahrsam genommen.<sup>116</sup>

### **2.3. Wehr- und Zivildienst**

Derzeit können alle männlichen russischen Staatsangehörigen zwischen dem 18. und 30. Lebensjahr zur Stellung für den Pflichtdienst in der russischen Armee einberufen werden<sup>117</sup>. Die Pflichtdienstzeit beträgt ein Jahr. Im Juli 2023 wurde ein Gesetz<sup>118</sup> verabschiedet, welches das Wehrpflichtalter in Russland von damals 18 bis 27 Jahre auf 18 bis 30 Jahre erweiterte.

Nach dem Grundwehrdienst besteht die Möglichkeit, freiwillig auf Basis eines Vertrags in der Armee zu dienen (ein freiwilliger Armeedienst auf Vertragsbasis steht auch weiblichen

---

<sup>112</sup> <https://hudoc.echr.coe.int/fre-press#%7B%22itemid%22%3A%5B%22003-7636973-10517171%22%5D%7D>

<sup>113</sup> <https://meduza.io/news/2023/05/26/zhenas-aspiranta-mgu-miftahova-rasskazala-cto-fsb-rasprostranila-sredi-zaklyuchennyh-ego-intimnye-fotografii-iz-za-etogo-on-okazalsya-v-kolonii-v-statuse-obizhennogo>

<sup>114</sup> <https://www.dw.com/ru/navalnogo-v-27j-raz-otpravili-v-sizo/a-68258486>

<sup>115</sup> <https://www.interfax.ru/russia/1003384>

<sup>116</sup> <https://meduza.io/en/news/2025/01/17/multiple-russian-journalists-arrested-on-way-to-attend-sentencing-hearing-for-navalny-s-lawyers>

<sup>117</sup> <http://recrut.mil.ru/career/conscription.htm>

<sup>118</sup> <http://publication.pravo.gov.ru/Document/View/0001202308040024?index=1>

Staatsangehörige, die aus gesundheitlichen Gründen nicht zum Wehrdienst geeignet sind, werden als „untauglich“ von der Dienstpflicht befreit. Darüber hinaus kann ein Antrag auf Aufschub des Wehrdienstes gestellt werden, etwa durch Personen, die ein Studium absolvieren oder die einen nahen Verwandten pflegen müssen, bzw. durch Väter mehrerer Kinder. Auch Angehörige bestimmter Berufsgruppen, z.B. IT-Spezialisten, können einen Aufschub des Wehrdienstes beantragen. Die Ableistung des Grundwehrdienstes ist Voraussetzung für bestimmte (v.a. staatliche) berufliche Laufbahnen.

119 <https://mil.ru/service>

<sup>120</sup> <http://publication.pravo.gov.ru/Document/View/0001202304140051>

121 <http://publication.pravo.gov.ru/Document/View/0001202304140051>

<sup>122</sup> <https://www.dw.com/ru/v-rossii-polnocenno-zarabotal-reestr-elektronnyh-povestok/a-72489934>

<sup>123</sup> <https://www.dw.com/ru/v-rossii-polnocenno-zarabotal-reestr-elektronnyh-povestok/a-72489934>

21

Zeitraum 2017-2022 in Fällen von Wehrdienstverweigerung Geldstrafen verhängt<sup>125</sup>. Der entsprechende Strafrechtsparagraf findet derzeit auf Einberufungsbefehle im Rahmen der Mobilisierung keine Anwendung<sup>126</sup>.

Über die regionale Aufteilung der Wehrpflichtigen entscheidet das Verteidigungsministerium. Anstelle des Wehrdienstes kann ein alternativer Zivildienst abgeleistet werden<sup>127</sup>, falls der Wehrdienst gegen die persönliche (politische, pazifistische) Überzeugung bzw. Glaubensvorschriften einer Person spricht oder falls diese Person zu einem indigenen Volk gehört, dessen traditioneller Lebensweise der Wehrdienst widerspricht. Die Zivildienstzeit beträgt 18 Monate als ziviles Personal bei den russischen Streitkräften, was in der Praxis kaum vorkommt<sup>128</sup>, bzw. beträgt die Zivildienstzeit in anderen staatlichen Einrichtungen 21 Monate. Im November 2023 bestätigte das russische Oberste Gericht, dass die Möglichkeit zur Ableistung eines alternativen Zivildienstes auch während der Mobilmachung weiterhin besteht<sup>129</sup>.

NGOs gehen von hunderten Gewaltverbrechen pro Jahr im Heer aus. Laut Menschenrechtsvertretern existiert Gewalt in den Kasernen zumindest in bestimmten Militäreinheiten als System (vor allem einer „Herrschaft der Älteren“) und wird von den Befehlshabenden unterstützt bzw. geduldet.

Ein Einsatz von Grundwehrdienern im Rahmen der russischen „speziellen Militäroperation“ in der Ukraine wurde von offizieller russischer Seite von Anfang an verneint, dennoch musste das russische Verteidigungsministerium am 9. März 2022 eingestehen, dass sich in den umkämpften Gebieten auch einige hundert russische Pflichtwehrdiener befunden hatten, die nach Bekanntwerden aber wieder abgezogen wurden, einige waren jedoch in Gefangenschaft geraten. Im Rahmen der ukrainischen Gegenoffensive in die russische Region Kursk sollen Medienberichten zufolge Pflichtwehrdiener, die dort stationiert waren, ums Leben gekommen sein<sup>130</sup>. Weiters gab es Berichte, wonach Grundwehrdiener zur Weiterverpflichtung als Vertragssoldaten gedrängt wurden<sup>131</sup> oder ihre Unterschrift auf dem

---

<sup>125</sup> [98% уклонистов от армии за последние пять лет получили штрафы, а не реальный срок \(zona.media\)](https://zona.media)

<sup>126</sup> [Верховный суд России подтвердил: мобилизация не закончилась. И даже если вам не вручали повестку, вы рискуете стать уклонистом Это как? — Meduza](#)

<sup>127</sup> <http://recrut.mil.ru/career/alternative.htm>

<sup>128</sup> Auskunft Experte der NGO „Real Army“ am 28.11.2019

<sup>129</sup> <https://meduza.io/news/2023/11/23/verhovnyy-sud-rf-podtverdil-pravo-mobilizovannogo-zhitelya-leningradskoy-oblasti-na-alternativnuyu-grazhdanskuyu-sluzhbu>

<sup>130</sup> <https://meduza.io/en/news/2025/02/20/25-russian-conscripts-were-killed-last-summer-in-ukraine-s-surprise-incursion-into-the-kursk-region-vertska-media>

<sup>131</sup> <https://meduza.io/feature/2022/03/31/1-aprelya-nachinaetsya-vesenniy-prizyv-i-v-svete-voyny-v-ukraine-on-bespokoit-mnogih>

Zeitvertrag gefälscht wurde<sup>132</sup>. NGOs, wie die Anwaltsvereinigung „Agora“ bieten seit Kriegsbeginn juristische Beratung für Grundwehrdiener und Soldaten an.<sup>133</sup>

Am 21. September 2022 wurde in Russland per Präsidentenerlass eine „Teilmobilisierung“ verkündet<sup>134</sup>. Gemäß dem Präsidentenerlass dürfen die Verträge über den freiwilligen Militärdienst während der Teilmobilisierung nicht gekündigt werden. Laut offiziellen Angaben wurden im Rahmen der Teilmobilisierung 300.000 Personen zum Wehrdienst einberufen. Am 28. Oktober 2022 teilte Russlands Verteidigungsminister Sergej Schoigu bei einem Treffen mit Präsident Wladimir Putin mit, dass die Aufgabe zur Einberufung von 300.000 Personen zum Wehrdienst erfüllt sei, weshalb die Teilmobilisierung eingestellt sei.<sup>135</sup> Im Jänner 2023 teilte die Präsidialverwaltung mit, dass der Erlass zur Einleitung der Teilmobilmachung nach wie vor in Kraft sei. Zahlreiche russische Medien und Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger betonten auch später, dass das Ende der Teilmobilisierung in keinem offiziellen Dokument festgeschrieben wurde, weshalb diese aus rechtlicher Sicht weiterhin fortgesetzt wird. In diesem Zusammenhang sind die russischen Militärangehörigen in ihren Rechten eingeschränkt und können in vielen Fällen den Militärdienst nicht verlassen<sup>136</sup>.

Während die russische Gesetzgebung einen alternativen Zivildienst vorsieht, beklagen Menschenrechtsorganisationen die hohen Hürden zu dessen Inanspruchnahme insbesondere seit Kriegsbeginn<sup>137</sup>. Personen, die einen alternativen Zivildienst abgeleistet haben, bilden zudem keine gesetzliche Ausnahme und unterliegen somit den allgemeinen Vorschriften über die Mobilisierung; das Verteidigungsministerium entscheidet über deren Mobilisierung<sup>138</sup>. Die Einberufung zur Mobilisierung kann unter bestimmten Gründen aufgeschoben werden<sup>139</sup>.

Gemäß dem Präsidentenerlass<sup>140</sup> vom 16.09.2024 beträgt die Personalzahl der russischen Streitkräfte 2.389.130 Personen, darunter 1.500.000 Militärangehörige. Das russische Verteidigungsministerium vermeldete Ende Dezember 2023 erstmals seit dem Beginn des Angriffskriegs auf die Ukraine die Zahl der Vertragssoldaten in der russischen Armee:

---

<sup>132</sup> <https://meduza.io/en/feature/2024/12/11/they-lie-at-every-step>

<sup>133</sup> <https://meduza.io/feature/2023/04/12/ne-hotite-idi-na-voynu-vam-nuzhna-pomosch>

<sup>134</sup> <http://publication.pravo.gov.ru/document/0001202209210001?index=1>

<sup>135</sup> <http://publication.pravo.gov.ru/document/0001202209210001?index=1>

<sup>136</sup> <https://novayagazeta.eu/articles/2023/01/12/soldata-iz-chuvashii-otkazyvaiutsia-uvolniat-so-sluzhby-voenkom-zaiavil-chto-ego-kontrakt-budet-deistvovat-do-zaversheniia-chastichnoi-mobilizatsii-news>

<sup>137</sup> [https://www.forum18.org/archive.php?article\\_id=2954](https://www.forum18.org/archive.php?article_id=2954)

<sup>138</sup> <https://360.ru/tekst/ukrainian-crisis/ags-mobilizatsija/>

<sup>139</sup> [https://www.consultant.ru/document/cons\\_doc\\_LAW\\_13454/25fbd4e34ce45ed1b914188bace31872ee4df5da/](https://www.consultant.ru/document/cons_doc_LAW_13454/25fbd4e34ce45ed1b914188bace31872ee4df5da/)

<sup>140</sup> <http://www.kremlin.ru/acts/bank/51106>

640.000<sup>141</sup>. Präsident Putin gab im Mai 2025 an, dass monatlich 50-60.000 Mann freiwillig Zeitverträge mit dem Verteidigungsministerium eingingen<sup>142</sup>.

Das Oberhaupt Tschetscheniens, Ramsan Kadyrow, berichtet regelmäßig von der Entsendung neuer Gruppen tschetschenischer Kämpfer in die so genannte „Zone der speziellen Militäroperation“ in der Ukraine. Im August 2025 sagte Kadyrow, dass insgesamt mehr als 61.000 tschetschenische Kämpfer, darunter rund 22.000 Freiwillige, seit dem Beginn der Kampfhandlungen an die Front gegangen seien<sup>143</sup>. Die offiziellen tschetschenischen Angaben zur Anzahl tschetschenischer Kämpfer sind schwer zu verifizieren und werden von Expertinnen bzw. Experten in Frage gestellt<sup>144 145</sup>.

### Einschätzung der Botschaft

*Missstände im russischen Justizwesen bleiben bestehen. Beklagt werden u.a. mangelnde Unabhängigkeit der Gerichte, Einflussnahme der Politik auf Prozesse, faktische Schuldvermutung in Strafprozessen, das Erpressen von Geständnissen und Fabrizieren von Beweisen. Menschenrechtsanwälte, wie das Beispiel um Nawalnys Anwälte zeigt, geraten selbst unter zunehmenden Druck. Nach dem Ausscheiden Russlands aus dem Europarat werden Urteile des EGMR nicht mehr umgesetzt, wobei Russland hierbei auch in der Vergangenheit nicht konsequent war. Machtmissbrauch von Beamten in Sicherheitsstrukturen wird nicht konsequent sanktioniert. Folter im russischen Strafvollzugssystem bleibt ein Problem. Vor dem Hintergrund des Kriegs in der Ukraine wird mit Zuckerbrot und Peitsche versucht, ausreichend (junge) Männer für den Kampfeinsatz in der Ukraine zu gewinnen.*

### **3. Situation im Nordkaukasus**

Die **Sicherheitslage** im Nordkaukasus hat sich Experten zufolge prinzipiell verbessert, jedoch nimmt die Zahl an Terrorangriffen in der Region in den letzten Jahre wieder leicht zu. Es ist derzeit nicht von einer breiten „islamistischen Bewegung“ im Nordkaukasus auszugehen, wenngleich es vereinzelt zu Anschlägen kommt, die von den Behörden auch mit dem IS bzw.

---

<sup>141</sup> [https://www.rbc.ru/politics/28/12/2023/658c0fa89a7947bf9958382e?from=newsfeed?utm\\_source=telegram&utm\\_medium=messenger](https://www.rbc.ru/politics/28/12/2023/658c0fa89a7947bf9958382e?from=newsfeed?utm_source=telegram&utm_medium=messenger)

<sup>142</sup> <https://www.rbc.ru/politics/28/05/2025/6837248d9a79470f024e6be1>

<sup>143</sup> <https://www.kavkaz-uzel.eu/articles/413635/>

<sup>144</sup> <https://www.kavkazr.com/a/mificheskaya-ratj-pravdivy-li-dannye-o-chislennosti-kadyrovskih-podrazdeleniy-v-ukraine-/31990879.html>

<sup>145</sup> <https://www.kavkazr.com/a/razovaya-vyplata-v-chechne-uchastnikam-voyny-v-ukraine-odna-iz-samyh-vysokih-v-strane/32534520.html>

zuletzt auch mit Ukraine-initiiertem Terrorismus in Verbindung gebracht werden. Die Menschenrechtslage im Nordkaukasus bleibt insgesamt weiterhin prekär, die dort verübten Menschenrechtsverletzungen sind oft brutaler Natur, wie Ehrenmorde, Blutrache oder gezielt gegen religiöse Minderheiten<sup>146</sup>.

In der Region herrscht weiterhin ein **Klima der Straflosigkeit für Angehörige der Sicherheitskräfte**. Es kann nicht verifiziert werden, ob es sich bei den von den Behörden bekannt gemachten Anti-Terror-Einsätzen tatsächlich um Terroristen handelt. Es ist möglich, dass es sich zumindest zum Teil um fabrizierte Vorwürfe handelt. In diesem Zusammenhang wird daran erinnert, dass etwa in dem 2017 bekannt gewordenen Fall der Verfolgung von Mitgliedern der LGBTI-Community in Tschetschenien im Rahmen von Anti-Terror-Einsätzen<sup>147</sup> bisher weiterhin kein Verfahren eingeleitet wurde. Betroffenen von Menschenrechtsverletzungen stehen – auch angesichts des Fehlens von unabhängigen NGOs – **keine effektiven Mechanismen zu ihrem Schutz** zur Verfügung. Das Oberhaupt der Republik Tschetschenien ist bemüht, kritische Stimmen auch im Ausland zum Schweigen zu bringen. Dieses Klima der Straflosigkeit gepaart mit sozialen Problemen könnte die derzeitige Stabilität jederzeit aus dem Gleichgewicht bringen. Laut Angaben des Informationsportals *Caucasian Knot* wurden im ersten Quartal 2025 insgesamt 8 Personen im Nordkaukasus bei bewaffneten Konflikten getötet; 2024 stieg die Zahl der bewaffneten Vorfälle und Opfer im Vergleich zum Vorjahr von 8 auf 10, unter den Todesopfern waren sieben Zivilisten, 25 mutmaßliche Militante und 23 Sicherheitskräfte..<sup>148</sup>

Wirtschaftlich bleiben für die Region föderale Transferzahlungen wichtig, die Arbeitslosigkeit ist laut Experten unter den höchsten in Russland (gesamt im Juni 2025: 2,2%; Nordkaukasus: 7,8%). Bei einer Sitzung der Regierungskommission zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung des Nordkaukasus im Juni 2021<sup>149</sup> bezeichnete Premierminister Mischustin die Situation als nicht einfach. Die Kindersterblichkeit sei um 29% höher als im russischen Durchschnitt, Krankenhäuser seien nicht im besten Zustand, für junge Leute sei es schwer eine passende Arbeit zu finden, die Arbeitslosigkeit liege deutlich über dem russischen Schnitt. Im Rahmen der Sitzung wurde von den einzelnen Ministern u.a. ausgeführt, dass etwa die Hälfte der Bevölkerung in der Region im informellen Sektor beschäftigt ist und die Arbeitslosenrate daher nur beschränkt aussagekräftig sei. Bei der jüngsten Sitzung<sup>150</sup> der

---

<sup>146</sup> Gespräch mit einem Nordkaukasusexperten am 22.05.2025

<sup>147</sup> Novaya Gazeta and HRC Memorial have brought allegations that 27 men became victims of disappearance and extra-judicial executions in January 2017. This happened against the background of two preventive counter-terrorism operations conducted in early January 2017 [...]; OSCE Rapporteur's Report under the Moscow Mechanism on alleged Human Rights Violations and Impunity in the Chechen Republic of the Russian Federation by Professor Dr. Wolfgang Benedek; [https://www.osce.org/files/Moscow%20Mechanism%20Document\\_ENG.pdf](https://www.osce.org/files/Moscow%20Mechanism%20Document_ENG.pdf)

<sup>148</sup> <https://www.kavkaz-uzel.eu/articles/411049>

<sup>149</sup> <http://government.ru/news/42494/>

<sup>150</sup> <http://government.ru/news/48405/>

Regierungskommission zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung des Nordkaukasus im Mai 2025 lobte Premierminister Michail Mischustin die „positive Dynamik“ in der Entwicklung der Region, insbesondere im Tourismus und in der Landwirtschaft, die oben genannten Probleme wurden nur indirekt angesprochen. Laut offiziellen russischen Statistiken<sup>151</sup> halten diese Probleme weiterhin an: Im ersten Halbjahr 2025 sank die Säuglingssterblichkeit im Nordkaukasus auf 4,7 pro 1000 Lebendgeburten und liegt damit knapp über 30 % über dem russischen Durchschnitt von 3,6 pro 1000 geborenen Kindern<sup>152</sup>.<sup>153</sup> Gleichzeitig hat die russische staatliche Statistikbehörde Rosstat ab März 2025 die regelmäßige Veröffentlichung monatlicher regionaler Vitalstatistiken (Geburten und Todesfälle nach Region / Altersgruppe) stark eingeschränkt bzw. eingestellt, sodass aktuelle, gegliederte Regionalvergleiche schwer möglich sind.<sup>154</sup> Trotz eines leichten Anstiegs blieben die Reallöhne im Nordkaukasus um die Hälfte niedriger als der russische Durchschnitt, der im Juni 2025 gegenüber dem Vorjahr um 5,1 % gestiegen war<sup>155</sup> <sup>156</sup>; die Anzahl der Betten in nordkaukasischen Krankenhäusern nahm in den letzten Jahren insgesamt ab (2020: 76.186; 2021: 70.282, 2022: 68.784, 2023: 70.971)<sup>157</sup>. Die Armutsrate im Nordkaukasus blieb auch 2024 weit über dem russlandweiten Durchschnitt von 7,2%<sup>158</sup> (bspw.: Inguschetien 25,6 %, Tschetschenien 15,2 %, Dagestan 11,8 %).

Spezielle regionale Auswirkungen der allgemein in Russland boomenden Kriegswirtschaft auf den Nordkaukasus können aus Ermangelung von verfügbaren Daten nicht eruiert werden. Seit Kriegsbeginn veröffentlichen die russischen Behörden relevante Wirtschaftskennzahlen nicht mehr. Korruption in Wirtschaft und im alltäglichen Leben sind in Russland weit verbreitet<sup>159</sup>. Nicht verifizierbare Berichte sprechen von einer noch stärker grassierenden Korruption im Nordkaukasus; es kommt dort immer wieder zu Festnahmen und Razzien im Zusammenhang mit Korruption<sup>160</sup>. Vor Beginn des Angriffskriegs auf die Ukraine bedienten sich Muslime in Nordkaukasus (mit Ausnahme Tschetscheniens) der Korruption, um in der russischen Armee bessere Aufstiegschancen zu haben<sup>161</sup>.

### 3.1. Zur Lage in Tschetschenien

---

<sup>151</sup> <http://government.ru/news/55146/>

<sup>152</sup> <https://www.kommersant.ru/doc/7943503>

<sup>153</sup> <https://www.interfax-russia.ru/moscow/news/mladencheskaya-smertnost-v-rf-v-pervoy-polovine-2025-goda-snizilas-do-3-6-promille>

<sup>154</sup> <https://www.themoscowtimes.com/2025/07/07/rosstat-stops-publishing-monthly-population-data-amid-war-deaths-demographic-crisis-a89696>

<sup>155</sup> <https://kavkaz.rbc.ru/kavkaz/freenews/68d0f0b09a79474eb4611a85>

<sup>156</sup> <https://www.interfax.ru/business/1044324>

<sup>157</sup> <https://rosstat.gov.ru/folder/13721>

<sup>158</sup> <https://rosstat.gov.ru/folder/13397>

<https://rosstat.gov.ru/storage/mediabank/pok-monitor.htm>

<sup>159</sup> [Report\\_CPI2023\\_English.pdf \(transparencia.org.es\)](#)

<sup>160</sup> <https://tass.ru/proisshestviya/18855253>

<sup>161</sup> Gespräch eines Botschaftsvertreters mit einem Nordkaukasusexperten am 19.04.2024

In Tschetschenien gilt Ramsan Kadyrow als Garant Moskaus für Stabilität. Mit Duldung der russischen Staatsführung hat er in der Republik ein autoritäres Herrschaftssystem geschaffen, das vollkommen auf seine eigene Person ausgerichtet ist und weitgehend **außerhalb des föderalen Rechtsrahmens** funktioniert. Fraglich bleibt die föderale Kontrolle über die tschetschenischen Sicherheitskräfte, deren Loyalität vorrangig dem Oberhaupt der Republik gilt. Das tschetschenische Oberhaupt bekundet jedoch immer wieder seine absolute Treue gegenüber dem Kreml<sup>162</sup>.

Die Bevölkerung Tschetscheniens zählt laut Volkszählung 2021 knapp über 1,5 Millionen Einwohner.<sup>163</sup> Grundsätzlich können Tschetschenen ebenso wie andere russische Staatsangehörige auch an einem anderen Ort in der Russischen Föderation außerhalb Tschetscheniens leben bzw. sich dorthin flüchten, solange sie nicht neuerlich ins Blickfeld der tschetschenischen Sicherheitskräfte geraten<sup>164</sup>. Wird jemand allerdings gesucht, so ist es den Sicherheitsorganen möglich, diesen zu finden. Außerdem gelte laut Menschenrechtsvertretern zu bedenken, dass jedenfalls in größeren russischen Städten Tschetschenen/-innen unter Beobachtung ihrer Landsleute stehen und „falsches“ Verhalten ebenfalls das Interesse der tschetschenischen Sicherheitsstrukturen wecken kann.

Innerhalb Russlands werden immer wieder Fälle bekannt, in denen tschetschenische Sicherheitsorgane außerhalb der Republik tätig werden. Zuletzt erregte etwa die Festnahme und Rückführung nach Tschetschenien von Sarema Musajewa, der Mutter des tschetschenischen Menschenrechtsaktivisten Abubakar Jangulbajew, aus Nischni Nowgorod im Jänner 2022 großes Medienecho<sup>165</sup>. Im Sommer 2023 wurde Musajewa wegen Betrugs und Gewaltanwendung gegen einen Polizisten zu fünfeinhalb Jahren Strafkolonie verurteilt, später wurde die Strafe durch das Oberste Gericht Tschetscheniens auf fünf Jahre in einer Kolonie mit milden Haftbedingungen gemildert. Im Mai 2024 urteilte der EGMR, dass Russland im Fall von Musajewa gegen mehrere Artikel der EMRK verstoßen hat, darunter die Art. 18 und 5, nachdem Musajewa nicht aufgrund einer von ihr begangenen Straftat, sondern zwecks der Vergeltung an ihren in die oppositionelle und Menschenrechtstätigkeit involvierten Familienmitglieder inhaftiert worden sei<sup>166</sup>. Im August 2025 wurde Musajewa zu weiteren 3 Jahren und 11 Monaten Haft wegen „Störung der Arbeit des Gefängnisses“ verurteilt<sup>167</sup>. Weiters sorgte der Fall des 19-jährigen Nikita Schurawel für ein großes Medienecho. Im Mai

---

<sup>162</sup> <https://www.themoscowtimes.com/2025/05/06/kadyrov-says-he-wants-to-step-down-as-chechen-leader-a88991>

<sup>163</sup> [https://rosstat.gov.ru/vpn/2020/Tom1\\_Chislennost\\_i\\_razmeshchenie\\_naseleniya](https://rosstat.gov.ru/vpn/2020/Tom1_Chislennost_i_razmeshchenie_naseleniya)

<sup>164</sup> [https://www.ecoi.net/en/file/local/1215362/90\\_1423480989\\_2015-01-dis-chechnya-fact-finding-mission-report.pdf](https://www.ecoi.net/en/file/local/1215362/90_1423480989_2015-01-dis-chechnya-fact-finding-mission-report.pdf), S. 21, 56.

<sup>165</sup> <https://www.amnesty.at/%C3%BCber-amnesty/aktivist-innen/netzwerk-frauenrechte/news-events/russ-foederation-mutter-von-menschenrechtler-entfuehrt/>

<sup>166</sup> <https://hudoc.echr.coe.int/eng#%7B%22itemid%22:%5B%22001-233833%22%5D%7D>

<sup>167</sup> <https://www.kavkaz-uzel.eu/articles/384445>

2023 soll er nach behördlichen Angaben „im Auftrag der ukrainischen Geheimdienste“ vor einer Moschee in der russischen Region Wolgograd öffentlich den Koran verbrannt haben. Kurz nach der Festnahme in Wolgograd wurde Nikita Schurawel in ein Untersuchungsgefängnis in Tschetschenien geschickt. Diese Entscheidung begründete das russische Ermittlungskomitee mit „zahlreichen Anfragen“ von tschetschenischen Einwohnerinnen und Einwohnern, welche sich als Betroffene sehen würden. Im September 2023 veröffentlichte das Tschetschenien-Oberhaupt Ramsan Kadyrow auf seinem Telegram-Kanal ein Video, auf welchem sein damals 15-jähriger Sohn Adam Kadyrow Nikita Schurawel im Untersuchungsgefängnis verprügelt. Das Video versah Ramsan Kadyrow mit dem Kommentar, dass er auf seinen Sohn stolz sei<sup>168</sup>. Im Februar 2024 wurde Nikita Schurawel durch ein Gericht in Tschetschenien wegen Verletzung der Gefühle von Gläubigen und Hooliganismus zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt<sup>169</sup>. Im November 2024 wurde Schurawel in einem zweiten Verfahren wegen Hochverrats zu 13,5 Jahren in einer Hochsicherheitskolonie verurteilt; dem Gerichtsurteil zufolge soll Schurawel von März bis Mai 2023 mit einem Vertreter des ukrainischen Geheimdienstes in Korrespondenz gestanden haben<sup>170</sup>. Memorial führt Schurawel als politischen Gefangenen.

Vereinzelte sind Fälle gezielter Tötungen politischer Gegner auch im Ausland bekannt<sup>171</sup>. Prominente Beispiele sind die Brüder Jamadajew, von denen einer in Moskau (2008) und ein anderer in Dubai (2009) getötet wurde<sup>172</sup> oder Umar Israilow<sup>173</sup>, welcher 2009 in Wien ermordet wurde. Rezente Beispiele sind der Mord an Selimchan Changoschwili in Berlin (2019), der Mord an Mamichan Umarow alias Martin Beck („Anzor aus Wien“) (2020), der Mord an Imran Aliyev in Lille/Frankreich (2020) und der Angriff auf Tumso Abdurachmanow in Gävle/Schweden (2020).

NGOs beklagen **regelmäßig schwere Menschenrechtsverletzungen durch tschetschenische Sicherheitsorgane**, wie Folter, das Verschwindenlassen von Personen, rechtswidrige Festnahmen und die Fälschung von Straftatbeständen<sup>174</sup>. Entsprechende Vorwürfe werden kaum untersucht, die Verantwortlichen genießen Straflosigkeit. Besonders gefährdet sind

---

<sup>168</sup> <https://meduza.io/feature/2023/09/25/pobil-i-pravilno-sdelal>

<sup>169</sup> <https://novayagazeta.eu/articles/2024/02/27/nikitu-zhuravelia-obviniaemogo-v-sozhzhenii-korana-prigovorili-k-35-godam-kolonii-news>

<sup>170</sup> <https://novayagazeta.eu/articles/2024/11/25/nikita-zhuravel-osuzhdennyi-za-sozhzhenie-korana-poluchil-eshche-135-goda-kolonii-po-delu-o-gosizmene-news>

<sup>171</sup> <http://www.zeit.de/online/2009/05/politmord-wien-tschetschenien/komplettansicht>

<sup>172</sup> <http://www.newyorker.com/magazine/2016/02/08/putins-dragon>

<sup>173</sup> <https://www.zeit.de/online/2009/05/politmord-wien-tschetschenien>

<sup>174</sup> <https://www.eng.kavkaz-uzel.eu/articles/48355>

Menschenrechtsaktivisten und Journalisten, aber auch Einzelpersonen, die das Regime kritisieren.

Im Sommer 2017 berichtete die Zeitung „*Novaya Gazeta*“ über die mutmaßliche außergerichtliche Tötung von 27 Personen durch tschetschenische Sicherheitsorgane in der Nacht auf 26. Jänner 2017 nach Massenfestnahmen infolge des Tods eines Polizisten<sup>175</sup>. Im März 2018 entschied das Ermittlungskomitee der Russischen Föderation, kein Strafverfahren in der Sache zu eröffnen<sup>176</sup>. Die russische **Menschenrechtsombudsperson** wurde Berichten zufolge bei der Untersuchung dieser Vorgänge in Tschetschenien bewusst getäuscht<sup>177</sup>. Im März 2021 publizierte die *Novaya Gazeta* die Aussagen eines tschetschenischen Polizisten, der Augenzeuge der Festnahmen und außergerichtlichen Tötungen war<sup>178</sup>. Anfang Juli 2023 kam es in Tschetschenien zu einem brutalen Angriff auf die bekannte russische Journalistin Jelena Milaschina, die für die *Nowaya Gazeta* seit Jahren über Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien berichtet, und den Anwalt Alexander Nemow, die auf dem Weg vom Flughafen zu einem Gerichtsprozess in Tschetschenien waren<sup>179</sup>.

Laut offiziellen Statistiken der Republik Tschetschenien lag die Arbeitslosigkeit im September 2025 bei 4,5%<sup>180</sup>. Der monatliche Durchschnittslohn in Tschetschenien lag im Juni 2025 bei RUB 51.934 . (ca. 527 EUR). Das Existenzminimum pro Person wurde für 2025 auf 17.024 RUB (ca. 175 EUR) festgesetzt (für die erwerbsfähige Bevölkerung pro Kopf mit RUB 18.556, für Kinder RUB 16.513 und für Pensionisten RUB 14.641)<sup>181</sup>.

Aus menschenrechtlicher Perspektive herrscht die Einschätzung vor, dass tatsächlich Verfolgte sowohl im Inland als auch im Ausland in Einzelfällen einer konkreten Gefährdung ausgesetzt sein können. Auf das Potential zur Instrumentalisierung dieser im Einzelfall bestehenden Gefährdungslage wird möglicherweise auch dann zurückgegriffen, wenn sozio-ökonomische Motive hinter dem Versuch der Migration nach Westeuropa stehen. Von einer Verfolgung von Kämpfern des ersten und zweiten Tschetschenienkrieges allein aufgrund ihrer Teilnahme an Kriegshandlungen ist heute im Allgemeinen nicht mehr auszugehen; es wurden in den letzten Jahren keine Fälle der Verfolgung bekannt. Prominentes Beispiel dafür ist der Kadyrow-Clan selbst, der im Zuge der Tschetschenienkriege vom Rebellen- zum Vasallentum

---

<sup>175</sup> <https://snob.ru/news/147802/>

<sup>176</sup> <https://meduza.io/news/2017/07/09/novaya-gazeta-rasskazala-o-massovom-ubiystve-zaderzhannyh-v-groznom>

<sup>177</sup> <https://www.rferl.org/a/report-kremlin-rights-official-was-deceived-while-probing-deadly-chechen-police-raids/30399988.html>

<sup>178</sup> <https://meduza.io/feature/2021/03/15/novaya-gazeta-opublikovala-rasskaz-byvshego-spetsnazovtsa-iz-chechni-on-byl-svidetelem-vnesudebnyh-kazney-v-2017-godu>

<sup>179</sup> "*Nowaja Gaset*a": Russland leitet Ermittlungen zu Angriff auf Journalistin ein | ZEIT ONLINE

<sup>180</sup> <https://ria.ru/20250913/kadyrov-2041592558.html>

<sup>181</sup> <https://95.rosstat.gov.ru/folder/39027> (Indikatoren)

wechselte. Die Frauen von verurteilten oder getöteten Militanten aus den zwei Tschetschenienkriegen berichteten teils von Stigmatisierung und differenzierter, mitunter illegaler Behandlung durch Strafverfolgungsbehörden, auch ihre Kinder betreffend<sup>182</sup>.

Seit dem Beginn der sog. russischen „speziellen Militäroperation“ in der Ukraine hatte das Oberhaupt von Tschetschenien Ramzan Kadyrow regelmäßig öffentlich die Bereitschaft tschetschenischer Bürger zum Einsatz in der Ukraine betont. Im September 2022 erklärte Kadyrow, dass es in Tschetschenien keine Mobilisierung geben würde, weil der „Plan“ schon zu 254% erfüllt sei. Gleichzeitig erklärte Kadyrow, dass die Verwandten jener 40 Frauen, die versucht hatten, in Grozny einen Protest gegen den Krieg zu veranstalten, bereits mobilisiert und in die Ukraine geschickt wurden. Weiters drohte er damit, dass es jenen, die versuchen sollten, einen solchen Protest zu veranstalten, sowie deren Männern und Söhnen genauso ergehen würde<sup>183</sup>. Laut Angaben tschetschenischer Behörden seien insgesamt mehr als 61.000 tschetschenische Kämpfer, darunter rund 22.300 Freiwillige, seit Kriegsbeginn an die Front gegangen<sup>184</sup>.

### **3.2. Zur Lage in Dagestan**

Von offizieller Seite wurde im Jänner 2019 die praktisch vollständige Liquidierung des bewaffneten Widerstands in Dagestan verkündet, vereinzelt kommt es dennoch zu bewaffneten Zwischenfällen (Zahl der Todesopfer: 2025 bis inkl. Mai: 7, 2024: 22 (Terroranschlag v. 23.6.), 2023: 2, 2022: 2, 2021: 3<sup>185</sup>). Im Fokus der Sicherheitsbehörden stehen mutmaßliche Terroristen bzw. Anhänger extremistischer Überzeugungen (dazu zählen auch in Dagestan die Zeugen Jehovas).

Eine sog. „prophylaktische Liste“ von potentiellen Extremisten und Terroristen, die v.a. zw. 2013-2015 von den Sicherheitsbehörden geführt wurde, umfasste Ende 2015 laut offiziellen Vertretern zw. 9000-16.000 Personen. Diese wurden regelmäßig von der Polizei angehalten und befragt und hatten Probleme, eine Anstellung zu finden. 2017 wurde von offiziellen dagestanischen Vertretern bekannt gegeben, dass die Liste nicht mehr geführt werde. Nach Einschätzung des Menschenrechtszentrums Memorial ist das aber nicht die Wahrheit, die Liste werde inoffiziell weiterhin geführt, wenngleich Beschwerden diesbezüglich

---

<sup>182</sup> [https://www.kavkaz-uzel.eu/articles/347758#cont\\_3](https://www.kavkaz-uzel.eu/articles/347758#cont_3)

<sup>183</sup> Рамзан Кадыров: в Чечне мобилизация проводиться не будет (kavkazr.com)

<sup>184</sup> <https://www.kavkaz-uzel.eu/articles/414014>

<sup>185</sup> <https://www.kavkaz-uzel.eu/articles/73122>

abgenommen hätten und Grundrechtsverletzungen nicht mehr im früheren Ausmaß vorkämen<sup>186</sup>.

Nach Einschätzung eines Experten für den Nordkaukasus, wurden im Rahmen der von Präsident Putin im September 2022 verkündeten Teilmobilisierung in Dagestan viele administrative Ressourcen zur Unterstützung der Kampagne eingesetzt. Es ist nicht auszuschließen, dass sich viele Personen freiwillig zum Militärdienst gemeldet haben bzw. nicht versucht haben, sich der Mobilisierung zu entziehen. Von einer gezielten Einziehung zum Militärdienst als Bestrafung ist in Dagestan grundsätzlich nicht auszugehen<sup>187</sup>.

Die Bevölkerung Dagestans ist mehrheitlich islamischen Glaubens; Dagestan verfügt zudem über eine kleine und historische jüdische Bevölkerungsgruppe. Ende Oktober 2023 kam es insbesondere in Dagestan zu mehreren antisemitischen Aktionen, u.a. wurde der Flughafen in Machatschkala von Personen, die in Zusammenhang mit den Ereignissen in Israel gegen die Landung eines Flugzeugs aus Tel Aviv protestierten, gestürmt<sup>188</sup>. Die lokale Gesetzgebung verbietet den „extremistischen islamischen Wahhabismus“, ohne eine genauere Definition dieser Terminologie darzulegen<sup>189</sup>. Wie in anderen Provinzen des Nordkaukasus gibt es auch in Dagestan Fälle der Verfolgung von Personen nicht-islamischen Glaubens, wie Christen und insbesondere Zeugen Jehovas, die trotz eines Verbots ihrer Gruppierung in Russland im Nordkaukasus verblieben sind. Salafisten hingegen hätten laut Einschätzung eines Experten für den Nordkaukasus die Region großteils verlassen<sup>190</sup>. Am 23.06.2024 griffen Militante in Machatschkala und Derbent religiöse und polizeiliche Einrichtungen an, dabei kam es zu 22 Toten, darunter einem orthodoxen Priester, und 46 Verletzten. Es handelte sich um den ersten Angriff militanter Kämpfer in Dagestan in 13 Monaten<sup>191</sup>.

### Einschätzung der Botschaft

*Die Sicherheitslage im Nordkaukasus hat sich in den letzten Jahren weitgehend stabilisiert. Die Intensität des bewaffneten Konflikts im Nordkaukasus hat nachgelassen, ebenso die Aktivität des IS. Vereinzelt kommt es zu Anschlägen von Einzelpersonen oder autonomen Gruppen. Die Menschenrechtslage insbesondere in Tschetschenien ist jedoch weiterhin besorgniserregend.*

---

<sup>186</sup> <https://memohrc.org/ru/special-projects/dagestan-nezakonnnyy-profilakticheskiy-uchet-i-borba-s-nim>

<sup>187</sup> Gespräch eines Botschaftsvertreters mit Nordkaukasusexperten am 23.6.2023

<sup>188</sup> <https://www.kommersant.ru/doc/6310329>

<sup>189</sup> US Department of State, Report on International Religious Freedom

<sup>190</sup> Gespräch eines Botschaftsvertreters mit einem Nordkaukasusexperten am 19.04.2024

<sup>191</sup> <https://www.eng.kavkaz-uzel.eu/articles/67318>

*Eine innerstaatliche Fluchtalternative steht Personen aus Tschetschenien nur beschränkt offen, wie Rückentführungen durch tschetschenische Sicherheitskräfte in den letzten Jahren gezeigt haben. Vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges in der Ukraine ergeben sich insbesondere für junge Männer in der Region neue Probleme, da einerseits traditionelle Wertvorstellungen, andererseits fehlender rechtlicher Schutz eine Verweigerung des Kampfeinsatzes massiv erschweren.*

#### **4. Rückkehrfragen**

Die Rückübernahme russischer Staatsangehöriger aus Österreich nach Russland erfolgt in der Regel im Rahmen des Abkommens zwischen der EU und der Russischen Föderation über die Rückübernahme<sup>192</sup>. Bei der Rückübernahme eines russischen Staatsangehörigen, nach dem in der Russischen Föderation eine Fahndung läuft, kann diese Person in Untersuchungshaft genommen werden. Eine erhöhte Gefährdung kann sich nach einem Asylantrag im Ausland bei einer Rückkehr nach Tschetschenien für jene ergeben, die schon vor der Ausreise Probleme mit den Sicherheitskräften hatten. Von Rückkehrern aus Europa wird laut Vertretern von Menschenrechtsorganisationen manchmal die Zahlung von Schmiergeld für grundsätzlich kostenlose Dienstleistungen (medizinische Untersuchungen, Schulanmeldungen) erwartet.

Der am 9.4.2021 aus Frankreich abgeschobene Tschetschene Magomed Gadajew wurde im Juni 2021 von einem Gericht in Tschetschenien zu 1 ½ Jahren Haft verurteilt.

##### **4.1. Exponiertheit von Frauen**

Artikel 19 der russischen Verfassung garantiert die Gleichstellung von Mann und Frau<sup>193</sup>. Die Russische Föderation hat mehrere internationale und regionale Konventionen ratifiziert, die diese Gleichstellung festschreiben, darunter die Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) und ihr Zusatzprotokoll<sup>194</sup>. Dennoch herrschen in der Gesellschaft stereotype Rollenbilder vor, traditionelle Geschlechterrollen werden vom Staat propagiert, Frauen sind im Durchschnitt schlechter bezahlt. In den abschließenden Bemerkungen zum 9. Staatenreport der Russischen Föderation unter CEDAW vom 30.

---

<sup>192</sup> <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=LEGISSUM:l14559>

<sup>193</sup> <http://www.constitution.ru/de/part2.htm>

<sup>194</sup> [https://treaties.un.org/Pages/ViewDetails.aspx?src=TREATY&mtdsg\\_no=IV-8&chapter=4&clang=en](https://treaties.un.org/Pages/ViewDetails.aspx?src=TREATY&mtdsg_no=IV-8&chapter=4&clang=en)

November 2021 wird u.a. auf das Problem geschlechtsbasierter Gewalt und schädlicher Praktiken gegenüber Frauen im Nordkaukasus eingegangen <sup>195</sup>.

Das Problem häuslicher Gewalt ist in Russland weit verbreitet, von Politik und Gesellschaft wird es aber weitgehend ausgeblendet. Laut Experten ist es schwierig, zuverlässige Statistiken zur Zahl der Fälle zu bekommen, das Problem sei aber allgegenwärtig, die Dunkelziffer hoch. Opfer berichteten von der Weigerung von Polizisten, die Anzeigen aufzunehmen. Es gibt in Russland einige staatliche Krisenzentren (Frauenhäuser), als auch gesellschaftliche Organisationen und Privatinitiativen zur Unterstützung und Betreuung von Opfern häuslicher Gewalt<sup>196</sup>. Die russische Menschenrechtsombudsperson wies im Juni 2022 darauf hin, dass es in Russland keine ausreichenden rechtlichen Mechanismen zur Verhinderung häuslicher Gewalt gibt, was bereits der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) wiederholt festgestellt hatte. 2017 wurde häusliche Gewalt im Erstfall zu einer Ordnungswidrigkeit herabgestuft. Eine strafrechtliche Verantwortung ist erst bei Wiederholung/-en vorgesehen<sup>197</sup>.

Die Situation von Frauen im Nordkaukasus unterscheidet sich von der in anderen Regionen Russlands. Ihre Situation wird durch die Ko-Existenz dreier Rechtssysteme in der Region – dem russischen Recht, Gewohnheitsrecht („adat“) und der Scharia – noch erschwert. Gerichtsentscheidungen werden häufig nicht umgesetzt, lokale Behörden richten sich mehr nach „Tradition“ als nach den russischen Rechtsvorschriften<sup>198</sup>. Häusliche Gewalt ist weit verbreitet, Ehrenmorde, Entführungen und Zwangsverheiratungen sind ein weiteres Problem vor allem in Tschetschenien, aber auch in den Nachbarrepubliken Inguschetien und Dagestan. Verlässliche Statistiken dazu liegen nicht vor. Außerdem gibt es Berichte zu weiblicher Genitalverstümmelung in der Region, v.a. in einzelnen Gegenden Dagestans, aber auch Tschetschenien und Inguschetien<sup>199 200</sup>. Die Frage der Obsorge für Kinder im Falle einer Scheidung oder des Tods des Ehemanns ist problematisch. Nach regionalen Gebräuchen

---

<sup>195</sup> [https://tbinternet.ohchr.org/\\_layouts/15/treatybodyexternal/SessionDetails1.aspx?SessionID=2489&Lang=en](https://tbinternet.ohchr.org/_layouts/15/treatybodyexternal/SessionDetails1.aspx?SessionID=2489&Lang=en)

<sup>196</sup> <https://nasiliu.net/>

<sup>197</sup> [http://www.consultant.ru/document/cons\\_doc\\_LAW\\_10699/b3dde6a7ee3fb5131c7f3537d550a4850b757e5b/](http://www.consultant.ru/document/cons_doc_LAW_10699/b3dde6a7ee3fb5131c7f3537d550a4850b757e5b/)

<sup>198</sup> <https://www.crisisgroup.org/europe-central-asia/caucasus/north-caucasus/women-north-caucasus-conflicts-under-reported-plight>

<sup>199</sup> Antonova Yu.A, Siradzhudinova S.V., Report of “Justice Initiative” on the basis of the qualitative study “Female Genital Mutilation in Dagestan, Russia” – M., 2016. – 61 p. <http://www.srji.org/resources/search/proizvodstvo-kalechashchikh-operatsiy-na-polovyykh-organakh-u-devochek-v-respublike-dagestan/> und Report based on the results of a qualitative sociological study in the Republic of Dagestan, the Republic of Ingushetia and the Republic of Chechnya (Russian Federation) <https://www.srji.org/en/about/annual/the-second-fgm-report-based-on-the-results-of-a-study-in-russian-federation/>

<sup>200</sup> <https://news.un.org/ru/story/2022/02/1417812>

bleiben die Kinder oft bei der Familie des Vaters, auch wenn die russische Gesetzgebung etwas anderes vorsehen würde.

Insbesondere der Fokus auf traditionelle Werte und Moralvorstellungen, der in der Republik Tschetschenien unter Ramsan Kadyrow propagiert wird, schränkt die Rolle von Frauen in der Gesellschaft massiv ein. Auch in Inguschetien wird Frauen unter Berufung auf traditionelle Werte die klare Unterordnung gegenüber dem Mann nahegelegt<sup>201</sup>. Dies kann vor allem für westlich sozialisierte junge Frauen ein Problem darstellen. In Dagestan sei es, laut Rücksprache mit einem Experten für den Nordkaukasus, für Frauen durchaus möglich, das Sorgerecht für die Kinder im Falle einer Scheidung gerichtlich zugesprochen zu bekommen, wenn sie sich tatsächlich an ein Gericht wenden, was nicht alle machen<sup>202</sup>.

Einige zivilgesellschaftliche Initiativen bieten psychologische, rechtliche, medizinische Hilfe an: zum Beispiel „Marem“ im gesamten Nordkaukasus und „Prava zhenschin“ (Rechte der Frauen) in Tschetschenien.<sup>203</sup>

#### **4.2. Gesundheitssystem**

Die medizinische Grundversorgung ist laut Verfassung für alle russischen Staatsbürger kostenlos. Finanziert wird sie über die Pflichtversicherung, bei welcher alle russischen Staatsbürger versichert sind, ob sie einer Arbeit nachgehen oder nicht. Voraussetzung ist die Registrierung des Wohnsitzes. Temporär registrierte Personen haben Zugang zu notfallmäßiger medizinischer Versorgung, während eine permanente Registrierung Voraussetzung für stationäre medizinische Versorgung, Sozialhilfe, Arbeitslosengeld und Pensionszahlungen ist<sup>204</sup>.

Laut Gesetz hat jeder Mensch Anrecht auf kostenlose medizinische Hilfestellung in dem gemäß dem „Programm der Staatsgarantien für kostenlose medizinische Hilfestellung“ garantierten Umfang. Von diesem Programm sind alle Arten von medizinischer Versorgung (Notfallhilfe, Vorsorge, Diagnose, ambulante Versorgung, stationäre Versorgung, spezialisierte Eingriffe, teilweise kostenfreie Medikamente) erfasst. Kostenpflichtig sind einerseits Sonderleistungen (Einzelzimmer u.Ä.), andererseits jene medizinischen Leistungen,

---

<sup>201</sup> <https://www.rferl.org/a/ingushetia-brochure-women-defer-to-men/30138077.html>

<sup>202</sup> Rücksprache von Botschaftsvertreter mit einem Nordkaukasusexperten am 23.6.2023

<sup>203</sup> <https://maremgroup.com/>

<sup>204</sup> <https://euaa.europa.eu/sites/default/files/publications/Chechens in RF.pdf>

die auf Wunsch des Patienten durchgeführt werden (z.B. zusätzliche Untersuchungen, die laut behandelndem Arzt nicht indiziert sind). Jeder, auch Migranten oder Obdachlose, haben Zugang zu diesen kostenlosen Gesundheitsleistungen<sup>205</sup>. Für Leistungen privater Krankenhäuser müssen die Kosten selbst getragen werden. Neben der Pflichtversicherung besteht die Möglichkeit einer Zusatzversicherung, wodurch dann auch einige gebührenpflichtige Leistungen in einigen staatlichen Krankenhäusern abgedeckt sind.

Staatenlose, die dauerhaft in Russland leben, sind bezüglich ihres Rechts auf medizinische Hilfe russischen Staatsangehörigen gleichgestellt. Bei Anmeldung in der Klinik muss die Krankenversicherungskarte (oder die Polizze) vorgelegt werden, womit der Zugang zur medizinischen Versorgung auf dem Gebiet der Russischen Föderation gewährleistet ist. Die Versorgung mit Medikamenten ist grundsätzlich bei stationärer Behandlung sowie bei Notfallbehandlungen kostenlos. Die Qualität der medizinischen Versorgung hinsichtlich der zur Verfügung stehenden Ausstattung von Krankenhäusern und der Qualifizierung der Ärzte kann landesweit variieren. Der Staat hat viele Finanzierungspflichten auf die Regionen abgewälzt, die in manchen Fällen nicht ausreichend Budget haben, weshalb die Zustände in manchen Krankenhäusern schlecht sind, medizinische Ausrüstungen veraltet und die Ärzte überlastet und unterbezahlt<sup>206</sup>. Probleme gibt es deshalb mitunter bei der Diagnose und Behandlung von Patienten mit besonders seltenen Krankheiten in der Russischen Föderation, da meist die finanziellen Mittel für die teuren Medikamente und Behandlungen in den Regionen nicht ausreichen<sup>207</sup>. Ein akutes Problem stellen die meist weiten Entfernungen von Krankenhäusern in ländlichen Regionen dar, vor allem auch in Anbetracht des schlechten Zustandes vieler Straßen und der häufig fehlenden öffentlichen Verkehrsanbindungen<sup>208</sup>. Weiterführende Informationen zum russischen Gesundheitssystem bieten etwa die detaillierten Berichte der Weltgesundheitsorganisation<sup>209</sup>.

### **4.3. Soziale Unterstützungsleistungen**

---

<sup>205</sup> <https://www.who.int/europe/news/item/03-04-2018-tuberculosis-services-in-moscow-extend-health-for-all-even-to-the-most-vulnerable>

<sup>206</sup> <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/gesundheitsysteme-weltweit-russland-ueberbleibsel-aus-sowjetzeiten/19579606-6.html?ticket=ST-4720167-ASfld4fdGM3OLNBa9GBU-ap5>

<sup>207</sup> <https://www.oprf.ru/press/news/2017/newsitem/42347> ; <https://www.kommersant.ru/doc/3428525>

<sup>208</sup> <https://report2017.oprf.ru/en/index.html>

<sup>209</sup> <https://www.who.int/russian-federation/publications>

In Russland werden einige wichtige soziale Unterstützungsleistungen angeboten. Insbesondere das Mutterschaftskapital<sup>210</sup> ist eine in der Russischen Föderation seit 2007 bestehende soziale Leistung des Staates, die anfangs ab dem zweiten Kind gewährt wurde. Seit 1.1.2020 wird die Einmalzahlung in Höhe von derzeit RUB 690.266 (ca. EUR 7.000)<sup>211</sup> Familien (grundsätzlich der Mutter) bereits ab dem ersten (geborenen oder adoptierten) Kind gewährt. Das Mutterschaftskapital wird nicht ausgezahlt<sup>212</sup>, sondern in Form eines staatlichen Zertifikats ausgestellt und steht bis zur Erreichung des 3. Lebensjahrs des Kindes zur Verfügung. Es kann etwa für die Ausbildung der Kinder, die Verbesserung der Wohnsituation, die Veranlagung in die eigene Altersvorsorge genutzt werden. Familien mit niedrigem Einkommen können eine monatliche Auszahlung in Höhe des Existenzminimums beantragen.

Darüber hinaus gibt es in Russland eine Vielzahl an Unterstützungsleistungen, die sich häufig regional unterscheiden und sich teilweise laufend ändern. Dazu gehören Unterstützungsleistungen anlässlich Schwangerschaft und Geburt, für Kinder, alleinerziehende Mütter, für Menschen mit Behinderungen, Arbeitslose, Familien mit geringem Einkommen, usw. Grundlage für die Berechnung der Beihilfen ist häufig das Existenzminimum, das 2025 auf föderaler Ebene bei RUB 17.773 (ca. EUR 191) liegt<sup>213</sup>, jedoch in einzelnen Regionen auch höher oder niedriger sein kann (in Dagestan RUB 16.137 (ca. 174 EUR)<sup>214</sup> und in Tschetschenien 17.024 RUB (ca. 183 EUR)<sup>215</sup>. Die Höhe der Pension für nicht berufstätige Pensionistinnen und Pensionisten liegt im landesweiten Durchschnitt heuer bei RUB 24.019 (ca. EUR 258)<sup>216</sup>.

Für alleinerziehende Eltern sind einige Vorteile vorgesehen, darunter Steuerermäßigungen und Schutz vor Entlassung auf Initiative des Arbeitgebers. Ab dem 1. Februar 2024 wird allen Müttern eine einmalige finanzielle Leistung in Höhe von 26.400 RUB (ca. 268 EUR) bei der Geburt des Kindes gezahlt. Dieser Betrag gilt unabhängig vom Beziehungsstatus zum Kindesvater, Einkommen oder anderen Faktoren, da der Begriff „Alleinerziehende Mutter“ im Gesetz nicht definiert ist. Familien mit Kindern mit einem niedrigen Einkommen können eine monatliche finanzielle Leistung in Höhe von je nach Region 50% bis 100% des regionalen

---

<sup>210</sup> [http://www.socialnaya-podderzhka.ru/formy\\_socialnoj\\_podderzhki/denezhnaja\\_forma\\_predostavlenija\\_socialnoj\\_podderzhki\\_grazhdan/materinskij\\_semejnyj\\_kapital/](http://www.socialnaya-podderzhka.ru/formy_socialnoj_podderzhki/denezhnaja_forma_predostavlenija_socialnoj_podderzhki_grazhdan/materinskij_semejnyj_kapital/)

<sup>211</sup> [https://sfr.gov.ru/grazhdanam/families\\_with\\_children/msk](https://sfr.gov.ru/grazhdanam/families_with_children/msk)

<sup>212</sup> <https://materinskij-kapital.ru/use/>

<sup>213</sup> <http://publication.pravo.gov.ru/document/0001202406170018>

<sup>214</sup> <https://dagmintrud.ru/press/89880/1033>

<sup>215</sup> <https://95.rosstat.gov.ru/folder/38770>

<sup>216</sup> <https://www.rbc.ru/rbcfreenews/6869d3019a794737513e4909>

Existenzminimums für Kinder bekommen. In einzelnen Regionen sind weitere Maßnahmen wie Kompensation einiger Kosten vorgesehen<sup>217 218</sup>.

Eine Reihe sozialer Leistungen ist für Personen mit Behinderungen vorgesehen. Erwachsene bekommen monatliche Pensionen, die je nach Krankheit und weiteren Lebensumständen von rd. 6.536 Rubel (ca. 70 EUR) bis rd. 18.000 RUB (ca. 200 EUR) betragen könnten<sup>219</sup>. Kinder mit Behinderungen bekommen eine monatliche finanzielle Leistung in Höhe von derzeit durchschnittlich RUB 18.500 (ca. EUR 200) sowie einige Begünstigungen wie kostenlose Nutzung einiger öffentlicher Verkehrsmittel und Medikamente. Der Elternteil, der das Kind mit Behinderungen pflegt, kann eine monatliche finanzielle Leistung in Höhe von 12.000 RUB (ca. 129 EUR) bekommen<sup>220</sup>.

Es gibt in Russland mehrere Wohltätigkeitsfonds, die (in manchen Fällen mit staatlicher bzw. regionaler Unterstützung) durch Spendensammlung oder sonstige Maßnahmen medizinische Hilfe für schwerkranke Personen organisieren, wie etwa „Rusfond“<sup>221</sup> oder „Dom s majakom“<sup>222</sup>.

#### **4.4. Militante Kämpfer**

Die Aktivitäten des IS im Nordkaukasus haben in den letzten Jahren abgenommen. Es kommt jedoch vereinzelt nach wie vor zu Anschlägen von Einzelpersonen oder autonomen Gruppierungen, meist mit Messern, Äxten, Autos. Über die Rückkehr von Anhängern des IS bzw. Familienangehörigen liegen für den Berichtszeitraum keine Informationen vor.

Am 22. März 2024 wurde in einer Konzerthalle bei Moskau ein Terroranschlag verübt: einige bewaffnete Personen drangen in die Konzerthalle ein, schossen wahllos auf die Besucherinnen und Besucher und legten anschließend Brände. Infolge des Terroranschlags sind mehr als 140 Menschen ums Leben gekommen. Der IS soll sich zum Terroranschlag in Moskau bekannt haben, jedoch sprechen die russischen Behörden von einer ukrainischen Spur. Bereits am nächsten Tag nach dem Terroranschlag meldete<sup>223</sup> der russische Föderale Sicherheitsdienst

---

<sup>217</sup> <https://ria.ru/20250110/vyplaty-1732999275.html#1732999275-1732999278>

<sup>218</sup> <https://www.rbc.ru/life/news/659cf12b9a7947950f2ca6b3>

<sup>219</sup> <https://ria.ru/20240905/pensiya-1599489093.html>

<sup>220</sup> [https://www.gosuslugi.ru/help/faq/add\\_support/1021911](https://www.gosuslugi.ru/help/faq/add_support/1021911)

<sup>221</sup> <https://www.mos.ru/city/projects/blago/fond/rusfond/>

<sup>222</sup> <https://www.mos.ru/city/projects/blago/fond/dom-s-mayakom/>

<sup>223</sup> <https://www.interfax.ru/russia/952072>

(FSB), mutmaßliche Täter festgenommen zu haben, welche sich mit dem Auto in Richtung der russisch-ukrainischen Grenze bewegt haben sollen. Auf Social Media wurden Fotos und Videos verbreitet, auf welchen zu sehen ist, dass die mutmaßlichen Täter des Terroranschlags bei der Festnahme gefoltert wurden<sup>224</sup>. Laut FSB-Direktor Alexander Bortnikow sei festgestellt worden, dass die Finanzierung und Vorbereitung des Terroranschlags über das Internet durch Mitglieder der Gruppe „Wilayat Chorasani“ (Ableger des IS) koordiniert worden sei, welche sich in der „afghanisch-pakistanischen Zone“ befunden hätten. Auch der ukrainische Militärgeheimdienst sei unmittelbar in den Terroranschlag verwickelt gewesen<sup>225</sup>. Am 04.08.2025 begann der Gerichtsprozess gegen 19 Haupt- und Mittäter unter Ausschluss der Öffentlichkeit; am ersten Prozesstag sollen vier Haupttäter ihre Schuld gestanden haben.

Während der IS sich für den Terroranschlag in Dagestan vom 23.6.2024 nicht bekannte, gehen Experten weiterhin von einer Präsenz des IS und anderer radikalislamischer Bewegungen im Nordkaukasus aus, insbesondere da die Angriffsziele seit den 1990ern gleich bleiben (z.B. Kirchen und jüdische Einrichtungen)<sup>226</sup>.

#### Einschätzung der Botschaft

*Eine allgemeine Aussage über die Gefährdungslage von Rückkehrern in Bezug auf eine mögliche politische Verfolgung durch die russischen bzw. die nordkaukasischen Behörden kann nicht getroffen werden, da dies stark vom Einzelfall abhängt. Die skizzierten wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen betreffen weite Teile der russischen Bevölkerung und können daher nicht als spezifische Probleme von Rückkehrern bezeichnet werden. Besondere Herausforderungen ergeben sich für Frauen aus dem Nordkaukasus, vor allem für junge Mädchen, wenn diese in einem westlichen Umfeld aufgewachsen sind.*

---

<sup>224</sup> <https://novayagazeta.eu/articles/2024/03/23/pravye-telegram-kanaly-rasprostraniayut-video-gde-odnomu-iz-zaderzhannykh-terroristov-otrezaiut-ukho-i-zasovyvaiut-emu-v-rot-news>

<sup>225</sup> <https://www.interfax.ru/russia/962092>

<sup>226</sup> Gespräch mit einem Nordkaukasusexperten am 22.05.2025

## **Auszug verwendeter Quellen**

### *Russische staatliche Quellen*

Kreml

Parlament der Russischen Föderation

Justizministerium der Russischen Föderation

Verteidigungsministerium der Russischen Föderation

Arbeits- und Sozialministerium der Russischen Föderation

Föderaler Strafvollzugsdienst der Russischen Föderation

Verfassungsgerichtshof der Russischen Föderation

Föderales Statistikamt der Russischen Föderation Rosstat

Offizielles Informationsportal staatlicher Organisationen ([www.gov.ru](http://www.gov.ru))

### *Russische nicht-staatliche Quellen*

NGO Sova Center

NGO Anna Center

NGO Memorial

Meinungsforschungsinstitut Levada Zentrum

Russisches LGBT-Netzwerk

Internetportal Kaukasischer Knoten

Rossiyskaya gazeta

Novaya gazeta

OVD-Info

Meduza

MediaZona

Kommersant

INTERFAX

### *Internationale Quellen*

Europäische Union

Europarat

OSZE

Committee on the Elimination of Discrimination against Women

Committee for the Prevention of Torture and Inhuman or Degrading Treatment or Punishment (CPT)

EGMR

United Nations Office of the High Commissioner for Human Rights

United Nations Treaty Collection

Reporters Without Borders

Amnesty International

Human Rights Watch

Stitching Justice Initiative

Länderanalysen Russland

R.Politik

## Disclaimer

*Der gegenständliche Bericht der Österreichischen Botschaft wurde nach vorliegenden Informationen erstellt. Asylländerberichte des BMEIA beinhalten Informationen zu asylrelevanten Themenbereichen in ausgewählten Herkunftsländern. Zielpublikum sind primär die mit Asylverfahren und fremdenrechtlichen Verfahren beschäftigten österreichischen Behörden und Gerichte (z.B. BFA, BVwG).*

*Das gegenständliche Produkt erhebt bezüglich der zur Verfügung gestellten Informationen keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Informationen wurden sorgfältig im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten geprüft. Daraus ergibt sich ein durchaus zuverlässiges Gesamtbild.*

*Aus dem vorliegenden Produkt ergeben sich keine Schlussfolgerungen für die rechtliche Beurteilung eines konkreten Asylverfahrens. Das vorliegende Dokument kann insbesondere auch nicht als politische Stellungnahme seitens der betreffenden Österreichischen Botschaft oder des BMEIA gewertet werden.*

*Soweit im Text auf natürliche Personen bezogene Bezeichnungen nur in männlicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf Frauen und Männer in gleicher Weise.*